

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 39, Winterfeldstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)  
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3167



## :: Die erste Internationale :: Gemeindearbeiter-Konferenz.

Es gibt nur eine Wahl: Entweder man drückt die ganze Arbeitererschaft wieder auf das Niveau von rechtlosen Sklaven und Hörigen herab, und das ist unmöglich, oder man erkennt sie als gleichberechtigte Staatsbürger an, hebt ihre geistige und technische Bildung, läßt sie sich dann aber auch organisieren, räumt ihnen den Einfluß ein, den sie brauchen, um ihre Interessen zu wahren. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß nur diese Organisation der Arbeiter die Regierungen und die Besitzenden so nachdrücklich an ihre sozialen Pflichten erinnert, daß eine erteilte Sozialreform in Angriff genommen wurde; die sich geltend machenden Stimmen der Wissenschaft, der Kirche, der Humanität waren in den Tagen des Langes um das goldene Stab viel zu schwach. Die selbstbewußte Organisation des Arbeiterstandes an sich ist der Ausdruck der weltgeschichtlichen Tatsache, daß die Menschheit eine Kulturhöhe erreicht hat wie nie früher, eine Kulturhöhe, die auch die unteren Klassen nicht mehr zum passiven Aufgehellen der oberen, sondern zu einem selbstbewußten aktiven Giebel des Weltorganismus machen will und kann. „Grundriss d. Volkswirtschafts“, v. Prof. Schmoller.

Im Anschluß an den Internationalen Arbeiterkongreß tagt unsere erste internationale Konferenz vom 25. bis 27. August in Stuttgart. Bereits auf dem Mainzer Verbandstag waren Frankreich, Dänemark, Holland und Luxemburg durch Delegierte vertreten, die das regste Interesse für unsere deutsche Bewegung bekundeten. Der Verbandstag selbst nahm folgende Resolution an:

„Der 4. Verbandstag in Mainz beauftragt den Verbandsvorstand, mit den Gemeindearbeiterorganisationen der anderen Länder internationale Beziehungen anzuknüpfen und den Austausch des wesentlichen Materials zu pflegen. Den einzelnen Landesorganisationen wird empfohlen, sich auf dem internationalen Kongreß 1907 zu Stuttgart vertreten zu lassen.“

Mitte März erließ der Hauptvorstand die entsprechenden Einladungen an die in Gemeinde- und Staatsbetrieben, in Kraft-, Licht- und Wasserwerken, sowie in Krankenpflege- und Badeanstalten beschäftigten Personen. Unser Organisationsgebiet ist also — wie man gleichzeitig aus dieser Zusammenstellung ersehen kann — ziemlich weitläufig, und es wird noch riesiger Anstrengung bedürfen, ehe wir in den größeren Kulturländern einen erheblichen Prozentsatz der vorbezeichneten Arbeiterkategorien organisiert haben. Für Deutschland können wir mit einem gewissen Stolz hinweisen auf die zirka 25.000 Mitglieder unserer Organisation.

Auch Frankreich hat in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht. Unser im 2. Jahrgang allmonatlich erscheinendes Bruderorgan „Le Travailleur municipal“ („Der Gemeindearbeiter“) kämpft gegenwärtig mit Energie

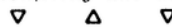
für die Gewährung des wöchentlichen Ruhetages, der — ganz wie bei uns — den städtischen Arbeitern noch vielfach vorenthalten wird. Eine jüngst in Paris dieserhalb abgehaltene Versammlung war von 5000 Kollegen besucht. Leider wird es den französischen Kollegen schwer möglich sein, an unserer internationalen Konferenz teilzunehmen, da ihr Jahreskongreß in Marseille bereits den 13. und 14. September festgesetzt ist und die Vorarbeiten hierfür getronen werden müssen.

Die Gemeindearbeiter Englands sind noch in zahlreiche Organisationen zersplittert, so daß dieses „Mutterland der Gewerkschaften“ für unsere Bewegung nicht gerade in diesem Sinne gewertet werden kann.

Erfreulicher ist das Bild einiger kleineren Nationen. Insbesondere sind unsere holländischen Kollegen vorne an, und ihr wöchentlich erscheinender „Gemeentewerkman“ sorgt ausgiebig für Aufklärung unter den Kollegen wie auch für Kritik bestehender Mißstände in den kommunalen Betrieben. Die feinerzeit auch von uns registrierte Doppelwahl des Kollegen van Dinte zum Gemeindevorsteher beweist den wachsenden Einfluß unserer Organisation.

Dänemark hat besonders unter den Gasarbeitern eine Elitegruppe. Diese sind zwar im „Allgemeinen Arbeitsmännerverband“ organisiert, man muß aber bedenken, daß Dänemark verhältnismäßig klein ist, und so wird eine Zusammenfassung aller Kräfte in wenig Organisationen unter Umständen zweckmäßig sein. Immerhin sei auch erwähnt, daß zirka 1500 Kollegen in dem dänischen Gemeindearbeiterverbande organisiert sind. Die Schweiz ist im besten Zuge, alle Gemeindearbeiter in eine besondere Organisation zu fassen, doch bestehen gegenwärtig vorerst lokale Vereinigungen. Luxemburg hatte feinerzeit die Absicht, sich unserer Organisation als besondere Sektion anzugliedern, doch scheiterte dies einstweilen an — der Beitragshöhe.

Von Oesterreich, Rußland, Italien und Amerika konnten wir bis jetzt kein klares Bild gewinnen. Hoffentlich bringt unsere Stuttgarter Konferenz uns hierüber Aufschluß.



Wenn wir nachstehend die provisorische Tagesordnung einer kurzen Besprechung unterziehen, so erheben wir mit diesen Ausführungen natürlich durchaus nicht den Anspruch, die bezüglichen Fragen irgendwie erschöpfend darzulegen. Das wird ja gerade die Aufgabe des Kongresses selbst sein. Unter diesem Gesichtspunkte ist das Nachfolgende gewissermaßen nur eine Anregung für unsere Delegierten, von der aus sie die einzelnen Fragen weiter vertiefen oder auch anderweitig beleuchten können.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Die rechtliche Grundlage des Koalitions- und Streikrechtes der Arbeiter öffentlicher Betriebe in den einzelnen Ländern und die praktische Durchführung von Lohnbewegungen.
2. Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie allgemeine Fürsorge für die Arbeiter in öffentlichen Betrieben.
3. Internationale Verbindung und gegenseitige Unterstützung bei Lohnkämpfen.
4. Sonstige Anträge.

Entsprechend der Aktualität ist die vielmitteltene rechtliche Grundlage des Koalitions- und Streikrechtes öffentlicher Betriebe in den Vordergrund der Diskussion gerückt. Unsere Meinung hierüber haben wir des öfteren an dieser Stelle zum besten gegeben. Sie läßt sich dahin zusammenfassen, daß die vornehmste Aufgabe unserer Organisation sein muß, ein volles Koalitions- und Streikrecht für alle Kollegen zu erringen. In Ländern, wo diesbezügliche einschränkende gesetzliche Bestimmungen existieren, muß mit aller Anstrengung dagegen Front gemacht werden. Sinviederum müssen die Kollegen der freieren Länder dafür Sorge tragen, daß geplante Beschränkungen energisch zurückgewiesen werden. Das erscheint beim ersten Blick wohl für uns alle als eine Selbstverständlichkeit. Schwieriger wird die Sache erst, wenn wir die Mittel und Wege angeben sollen, die uns gewissermaßen als Richtschnur in diesem Kampfe dienen können. Hier muß die Verschiedenartigkeit der einzelnen Länder unter Umständen eine erhebliche Abweichung der jeweiligen Taktik herbeiführen. Trotzdem wird schon so viel gesagt werden können, daß wir uns nicht auf den Kampf unserer Organisationen im Einzelfalle allein stützen, sondern daß wir die Allgemeinheit — das öffentliche Interesse — mit vollem Rechte für uns in Anspruch nehmen, und daß wir demzufolge auch auf parlamentarischem Wege den Angriff, oder Abwehrkampf zu führen haben. Wenn also irgendwo, sei es bei unserer Bewegungsmannschaft, die politischen Vorgänge zu ignorieren! In Verbindung mit diesem Thema soll über die praktische Durchführung von Lohnbewegungen beraten werden. Dabei wird insbesondere zu erwägen sein, ob die Arbeitseinstellung beim Veriagen aller übrigen Mittel nicht häufiger als bisher in Anwendung zu bringen ist. Vor allem ist die noch fehlende Anerkennung unserer Organisationsvertreter bei Verhandlungen ein sehr wunder Punkt in unserer deutschen Bewegung. Aus neuerer Zeit liegen zwar ein paar Ausnahmen vor, im ganzen werden hier aber eine Anzahl ausländischer Organisationen wohl bessere Resultate erzielt haben, wie wir. Deren Erfahrung werden wir uns eventuell zurate machen können. Ob die Stellung von Kandidaten der Arbeiterpartei aus unseren Reihen bei den Kommunalwahlen als besondere Aufgabe unserer Organisation zu betrachten ist, könnte an der Hand der gemachten Erfahrungen gleichfalls beim 1. Punkt mit verhandelt werden. Wenngleich wir von Deutschland anerkennend sagen müssen, daß die Vertreter der Arbeiterpartei bisher nach besten Kräften für uns eingetreten sind, fragt sich doch, ob das sich immer weitreichender gestaltende Material über kommunale Arbeiterfragen in seinen Einzelheiten von einem nicht in unserer Bewegung stehenden genügend gewürdigt werden kann. Natürlich wäre als Voraussetzung einer diesbezüglichen Forderung an die Arbeiterpartei eines Landes das Vorhandensein eines entsprechend qualifizierten Kandidaten Voraussetzung. Es müßten die von der Partei als selbstverständlich erachteten Vorbedingungen (genügende politische Vorbildung und entsprechend lange Parteizugehörigkeit usw.) erfüllt sein.

Beim 2. Punkt werden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die allgemeine Fürsorgeeinrichtungen in öffentlichen Betrieben zur Sprache

gebracht werden. Hier wird ausführliche Berichterstattung eines jeden Landes am Platze sein, um so später einen Gesamtüberblick über die bestehenden Verhältnisse zu gewinnen. Gerade hierbei muß sich u. E. zeigen, wie überaus zweckmäßig der internationale Gedankenaustausch sein kann. Entsenden doch fast alljährlich die größeren Stadtverwaltungen Studienkommissionen in andere Länder, um von den neu geschaffenen kommunalen Einrichtungen Kenntnis zu nehmen. Wenn wir bei vielen unserer Programmforderungen dann später darauf verweisen können, daß diese oder jene Einrichtungen in anderen Ländern längst eingeführt sind und sich dort gut bewähren, so werden wir damit einen viel leichteren Stand haben. Neben Schilderung der gesamten Arbeitsverhältnisse, wie sie gegenwärtig bestehen, wird also Ziel und Weg zu weiteren Forderungen angegeben werden können. Eine grundsätzliche Differenz über den Wert der Fürsorgeeinrichtungen wird sich bei den Debatten wohl kaum herausstellen. Vielmehr wird der Grad der Bewegungsfreiheit bei der Beurteilung häufiger entscheidend sein. Ebenso muß der gesetzlich festgelegte Rechtsanspruch bei allen Leistungen verlangt werden. Das schließt natürlich nicht aus, daß wir in Deutschland zum Beispiel die Arbeiterausschüsse in ihrer gegenwärtigen Einrichtung und Funktion — von Ausnahmen abgesehen — durchaus nicht als ideale Arbeitervertretung ansehen können. Erst wenn die Organisation ständig bei den Verhandlungen der Arbeiterausschüsse mit der Stadtverwaltung zugezogen werden kann seitens der Arbeiter, erscheint uns die vielgerühmte Institution der Arbeiterausschüsse mehr als ein sozialpolitisches Dekorationsmittel. Jedenfalls wird unser Verbandsmotto: „Staats- und Gemeindebetriebe sollen Kämmerbetriebe sein!“ für alle Länder akzeptiert werden.

Bezüglich der internationalen Verbindung und gegenseitigen Unterstützung bei Lohnkämpfen müssen wir abwarten, wie weit die Konferenz zu gehen gewillt ist. Nach vorliegenden Anträgen soll ein internationales Sekretariat mit teilweiser Besoldung errichtet werden. Auch uns erscheint die spezielle Ernennung eines Sekretärs dringend wünschenswert, um einen schnelleren Fortschritt bezüglich der internationalen Verbindung möglich zu machen. Es fragt sich nur, ob in Stuttgart bereits genügend materielle Fundamente geschaffen werden können. Allerdings wäre ja sehr gut durchführbar — analog anderen Verbänden — das Sekretariat nebenamtlich zu führen und die Kosten auf diese Weise nicht erheblich zu gestalten. Damit würde für einige Jahre sicher auskommen sein, denn bis zur Schaffung eines völlig selbständigen internationalen Gemeindearbeitersekretariats mit eigenem Bureau und Budget dürften noch Jahre vergehen. Aber der Anfang muß doch einmal gemacht werden, und uns erscheint die eventuelle Wahl eines Sekretärs im Nebenamt als ein wesentlicher Fortschritt gegenüber dem bestehenden Zustand. Alles hängt natürlich von der Geneigtheit der in Stuttgart vertretenen Nationen ab; jedenfalls wäre die Schaffung unter den vorbezeichneten Bedingungen ohne erhebliche Mehrkosten denkbar.

Leicht kann sich auch bei diesem Punkt die Notwendigkeit ergeben, die Zweckmäßigkeit unserer Organisationsform darzutun. Wenn nicht alles trägt, sind wir seit Mainz aus den engeren Grenzreitigkeiten heraus, und man erkennt allgemach die Wirksamkeit eines Verbandes der städtischen Industrien als vollberechtigt an. Natürlich spielen in jedem einzelnen Lande Tradition und Geschichte der Organisationen eine große Rolle, und wir können unser Organisationsprinzip nicht um jeden Preis für alle Länder als das einzig richtige Schema hinstellen. Es wird jedoch am Platze sein, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß gerade diejenigen Länder mit der von uns propagierten Organisationsform Erfolge aufzuweisen haben, während in den Ländern, wo bisher nur Branchenorgani-

sationen in Frage kamen, unsere Kollegen nicht nennenswert organisiert sind. Das ist nach unserer Ueberzeugung kein Zufall.

Wie weit die gegenseitige Unterstützung bei Lohnkämpfen behandelt werden kann, ist schwer zu sagen. Allerdings geht die Tendenz dahin, auf der einen Seite zu verlangen, daß jede Organisation nach Möglichkeit nur solche Kämpfe führt, die ihren finanziellen Kräften angemessen sind. Auf der anderen Seite greift bei ungewöhnlicher Anspannung der Stufen, wie z. B. bei Ausverrungen, Meienstreiks usw. die Gesamtheit ein. Diesem Prinzip werden auch wir möglichst nachzutreiben haben. Bei normalen Kämpfen sollte also nicht gleich der internationale Mingelbettel herumgehen, während bei größeren Kämpfen unweigerlich die internationale Solidarität einzusetzen hat. Dies dürfte auch die Grundlage unserer Stuttgarter Verhandlungen über diesen Punkt sein.

Fürs erste Mal liegen also eine Fülle diskutierbarer Fragen vor, und es verbleibt den einzelnen Nationen unbenommen, unter „sonstige Anträge“ weitere Anregungen zu geben — wenn die Zeit dazu langt.

▽    △    ▽

**Wir heißen die Delegierten in Stuttgart herzlich willkommen!**



### Dienstanweisung für die Wärterinnen der öffentlichen Bedürfnisanstalten in Berlin.

Daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den städtischen Betrieben oftmals schlechtere als die in der Privatindustrie sind, ist seitlich. Wenn aber bei Übernahme eines Betriebes in städtische Hände gleich die Arbeitsverhältnisse verschlechtert werden, damit ebige Forderung auch dann zu Recht besteht, dürfte neu sein. Auf diesem Feld hat sich die Direktion der Berliner städtischen Straßenreinigung bei Übernahme der bisher in Privat Händen befindlichen Bedürfnisanstalten betätigt. Für eine laut Arbeitsordnung zwölf bis vierzehnstündige Arbeitszeit zahlt man den Wärterinnen einen Lohn von täglich sage und schreibe 1,50 Mk. Wöchentlich ausgezahlt, würde der verdiente Wochenlohn etwas gering ausfallen, man zahlt also allmonatlich den schweren Lohn auf einmal aus.

Wenn man nach der Arbeits- besser gesagt Strafordnung mit Lohnabzug bestraft wird, reduziert sich das Einkommen um verschiedene Märker. Der Herr Magistratsbaurat Szalla, als Direktor der Berliner Straßenreinigung, hat in Rede stehende Arbeitsordnung verfügt. Man kennt sehr gut die Bestimmungen der Gewerbeordnung, wonach die Arbeiter eventuell mit Geldstrafen belegt werden können. Wenn aber dieselbe Gewerbeordnung bestimmt, daß bei Erlaß einer Arbeitsordnung die beschäftigten Personen geholt werden müssen, so ist das eine Bestimmung zugunsten der Arbeiter, darum macht man das einfach nicht, denn die Arbeiter resp. Arbeiterinnen könnten vorher unterrichtet werden und Schritte unternehmen, solche „Dienstanweisung“ nicht zur Tat werden zu lassen.

Früher haben die Wärterinnen in Rücksicht auf die notwendige Reinigungsmittel Waschlender getragen. Heute heißt es laut Arbeitsordnung wie folgt:

„Die Wärterin hat auf ihre eigene Kosten einen Dienstanzug zu beschaffen und zu unterhalten. Derselbe soll bestehen: Aus einem einfarbig gearbeiteten schwarzen Unterteil, weißen Hülse, weißen glatter weißer Schürze (Diamantenschnitt). Der Anzug ist stets im „Dienst“ zu tragen und im tadellosten Zustande zu unterhalten.“

Wegen die Wärterinnen den „Dienstanzug unterhalten“ sollen, müssen die Watter. Die Direktion weiß es wohl auch nicht, sonst hätte sie das sicher gleich mit verfügt.

Die Wärterin hat außerdem laut § 12 Vorschriften und Maßnahmen auf ihre Sachen vorzubehalten. Derselben sind dem Publikum auf Wunsch zur Verfügung zu stellen. Als Entschädigung in der Wärterin „sonstige“ Einkünder anzunehmen. Doch ist jede Forderung eines solchen verboten. Es ebenso für die Beamten des Betriebes. Also das Fördern von Einkündern verboten ist! Wir meinen es ist ein unwürdiger Zustand, nämlich Angehörige so niedrig zu entlohnen, daß man selbst annehmen ist, dieselben auf Annahme von Einkündern hinzuweisen. Diese be-

seitdem das Kommunistische Manifest den Ruf in alle Lande trug: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! ist mehr als ein Menschenalter vergangen. Klarer blüht die neue Generation in die Zukunft. Die Arbeiter haben den Ruf vernommen. Sie sind ihm gefolgt und schreiten von Erfolg zu Erfolg! Welch ein Unterschied zwischen dem widerstandslösen, alles geduldig ertragenden Lohnsklaven zu Beginn des industriellen Zeitalters und dem modernen, durch Organisation geschulten Arbeiter, der Schritt für Schritt den Boden erkämpft, auf dem ihm ein menschenwürdiges Dasein winkt. Noch sind wir fernab vom Ziel. Aber die Zeichen eines besseren Zeitalters mehren sich. Die Arbeiterklasse kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie die treibende Kraft alles menschlichen Fortschritts ist. Wer wollte da abseits stehen und nicht mitkommen? Wir alle sind berufen, in dem beständigen Ringen zwischen Arbeit und Kapital Stellung zu nehmen.

Eine neue Etappe für unsere Bewegung werden die Stuttgarter Tage bilden. Mögen die Verhandlungen vom guten Geist befeelt sein!

schämende Tatsache ist um so mehr zu verurteilen, als durch 99 hündig beschäftigte und 11 Aushilfswärterinnen ein Reineinnahme von 53 218 Mk. für das Jahr 1907 in Ansatz gebracht worden ist!

Von den 21 Paragraphen der Arbeitsordnung behandeln 20 die Pflichten und Leistungen der Wärterinnen. Als charakteristisch sei unter anderem die Bestimmung gegenüber gestellt, daß der Lohn monatlich gezahlt wird, daß aber nach dem § 1 eine tägliche Mündigung besteht. Die schon zitierte 12- stündige Arbeitszeit (§ 5) liegt je nach der Frequenz der Anstalten in den Tages- oder den Nachtstunden. Daß es durch diese Bestimmung die Direktion in der Hand hat, den 12stündigen „Normalarbeitstag“ leicht auf 18 Stunden einschl. Pausen auszudehnen, liegt auf der Hand. Im „allgemeinen“ hat die Wärterin innerhalb 14 Tagen einen freien Tag. Sie hat (sehr fein ausgedrückt) den freien Tag, ob sie denselben aber auch bekommt, steht auf einem anderen Blatt.

Ein Recht steht den Wärterinnen nach § 19 doch zu. Sie dürfen nämlich um Urlaub nachsuchen. Jedoch ist das Gesuch schriftlich mindestens 8 Tage vorher einzureichen. Wir vermissen hier die Magistratsbestimmung, wonach die 5 Jahre bei der Stadt beschäftigten Angestellten 8 Tage Urlaub zu erhalten haben. Gilt denn die Bestimmung nicht für die Wärterinnen?

Neben all den Paragraphen, in denen es heißt, die Wärterin „hat“ und „muss“ und „ist verpflichtet“ handelt der § 19 auch von dem „Beschwerde-recht“. „Beschwerden sind bei dem direkten Vorgesetzten anzubringen.“

Kann denkt man sich den Fall, daß die Wärterin über einen direkten Vorgesetzten eine Beschwerde zu erheben hat, so muß sie das noch bei ihm selber tun, obgleich er den Grund dazu gegeben. Etwas besser, verehrte Direktion, ist sogar das Beschwerderecht beim Militär geregelt! Wenn man militärische Einrichtungen noch als vorbildlich bezeichnen soll, so ist das doch beschämend genug für eine städtische Verwaltung. Nimmt nun der direkte Vorgesetzte die Beschwerde nicht an, so ist die Frau rechtlos gemacht. Sie darf nach dem gegebenen Wortlaut sich nicht über den Kopf dieser Vorgesetzten an die Direktion wenden. Das wäre ein Verstoß gegen die „Dienstanweisung“. Und dergleichen wird nach § 21 meinte bestraft. Diesen Paragraphen wollen wir nachstehend im Wortlaut preisgeben: „Zwischenhandlungen gegen diese Dienstanweisung, Verstoße gegen die guten Sitten, Ungehorsam gegen die Vorgesetzten, sowie sonstige strafwürdige Handlungen“ der Wärterin werden von der Direktion je nach Schwere des Falles mit der Verwarnung, zeitweilige Aberkennung des Tagelohnes (bei täglich 1,50 Mk. Lohn!) oder mit Entlassung bestraft.“ Es fehlt bloß noch, daß die Wärterin in solchen Fällen etwas zu zahlen hätte, oder wie die männlichen Arbeiter der Straßenreinigung mit „unbezahltes Nacharbeiten“ bestraft werden.

Wie schon die Bestimmung fehlt, daß nach fünfjähriger Dienstzeit doch auch den städtischen Arbeiterinnen eine Woche Urlaub zu steht, so ist auch über die Fortzahlung des Lohnzinsfußes in stant-

heitsfällen keine Bestimmung getroffen. Warum man diese künftigen Rechte nicht in der „Dienstausweisung“ bekannt gibt, ist unersichtlich. Befürchtet man, die Wärterinnen könnten dann Gebrauch davon machen?

Bei der unendlichen Arbeitszeit, dem geringen Lohn, auf eigene Kosten „Dienstausweisung“ und Reisen vorzubehalten — dann kein Wort von den zutreffenden Rechten, betr. Urlaub und Differenzzahlung in Krankheitsfällen, sondern in 20 Paragraphen nur Verpflichtungen mit der Schlussbedingung des Lohnabzuges, das ist doch mehr als man sonst von städtischen Verwaltungen gewärtig ist.

Und das alles zu der Verpflichtung, etwa vereinbarte falsche Geldstücke, entstehende Mantos bei der Gebührenerhebung aus eigener Tasche zu decken.

Schlummer als das Los der ständig beschäftigten Wärterinnen ist noch das der Aushilfswärterinnen. Heute nach Noabit, morgen im Südsiten der Stadt, und am nächsten Tage nach einer anderen Himmelsrichtung geschickt, haben dieselben noch 20—40 Pf. Tagelohn von dem bar verdienten Lohn von 1,50 Mk. zu betreiben. Mommentar vollständig überflüssig.

Hier ist nicht nur zu wünschen, sondern dringend zu fordern, daß der Lohn angemessen erhöht wird. Ferner muß eine durchschnittliche tägliche Arbeitszeit von 9 Stunden festgesetzt werden. Das wären die Kardinalforderungen. Wenn außerdem die Direktion den Wärterinnen das Besondere berechtigt, den Dienstanzug selbst liefert oder entschädigt, und zuguterletzt auch mittelt, welche Rechte denselben aus den bezüglichen Stadtverordnetenbeschlüssen betr. Urlaubsgewährung und Differenzzahlung in Krankheitsfällen zutreiben, so wird erst das aller-notwendigste geschehen sein, um die bestehenden Mißstände abzuschaffen.

Zu wünschen ist, daß das vielgerühmte Verständnis für die soziale Lage der Angestellten möglichst bald zum Durchbruch kommt!

## Wie steht es mit der Arbeiterpolitik der Städte Elberfeld und Barmen?

II.

Nachdem in Nr. 31 der „Gew.“ die Elberfelder Verhältnisse geschildert, wenden wir uns nunmehr den Barmener städtischen Vertrieben zu.

Hier führen besonders die Arbeiter der Gasanstalt Mittershausen einen zähen Kampf um ihre wirtschaftliche Verbesserung. Erschwert wird derselbe durch das blinde Wüten einzelner feiler Kreaturen in gehobenen Stellen gegen die Organisation und die Schrockheit, mit der man die Arbeiter und ihre Vertretung, den Arbeiterauschuß, von seiten des Inspektors Sch. behandelt. Propagieren die errienen sogenannte Pfennigvereine und fordern die Arbeiter auf, zu den „Blauen“ zu kommen, so arbeitet letzterer darauf hin, dem Arbeiterauschuß jedwede Bedeutung zu nehmen. Daß der Eintritt ins Blaue Arcus nicht immer eine glänzende Behandlung im Gefolge hat, geht daraus hervor, daß der Hofmeister A., einer der blauen Agitatoren, seine Leute nicht zusammenruft, sondern in der Regel zusammenpfeift. Ein neu eingestellter Ingenieur für technische Verbesserungen entpuppte sich als ein Ingenieur für Arbeiterskandalisierung. Wehe aber dem Arbeiter-

auschuß, wenn er versucht, durch Vorstelligwerden bei dem Inspektor eine etwa humanere Behandlung der Arbeiter zu erwirken. Er kann sicher sein, im ganzen inspektorischen Tätigkeitsbereich des Herrn Sch. als der Aushilfswärter von Subordination verdrängt zu werden. Diefem Umstände haben die Elberfelder Gasarbeiter die Ablehnung ihrer Forderung auf Errichtung eines Arbeiterauschusses zu verdanken. Daß der Arbeiterauschuß bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ohne jeden Einfluß ist, ja daß er noch nicht einmal gehört wird, ist noch nicht einmal auffallend. Daß man aber in der Gasanstalt trotz Vorhandensein einer „legalen“ Arbeitervertretung den Arbeitern noch nicht den neuen Lohnvertrag mitgeteilt hat, daß demgegenüber in den anderen städtischen Vertrieben die neuen Lohnverhältnisse der Gasanstaltsarbeiter bereits angeschlagen sind, zeigt in bengalischer Beleuchtung die Hochschätzung, die man den Gasarbeitern und ihrem Arbeiterauschuß verwaltschaftsseitig entgegenbringt.

Es ist sonst Gepllogenheit, den Arbeitern eine Lohnaufrechnung an Lohntagen zu machen. Auf der Lohnbütte ist die Anzahl der Arbeitsstunden, die diversen Abzüge usw. wiedergegeben. Dem Arbeiter ist somit Gelegenheit geboten, seinen Verdienst nachzurechnen und er kann eventuell Beschwerde wegen unberechtigter Abzüge, Nichtbezahlung, von Heberstunden u. dgl. erheben. Anders in städtischen Vertrieben. In den Barmener Licht- und Kraftwerken bekommen die Arbeiter ihren Lohn ohne vieles Drumherum ausbezahlt. Mein Aufrechnen der Arbeitsstunden, der Heberstunden, der Abzüge an Beiträgen zu den Versicherungen, der Strafen usw. So kann es kommen, daß lange Zeit die Arbeiter gar nicht wissen, wie hoch ihr Tagelohn eigentlich ist. Von den Barmenern Auskunft einzuholen, ist erfolglos, bestenfalls fangen dieselben noch zu schimpfen an. Sollte es nicht möglich sein, diesen Generalmißstand aus der Welt zu schaffen? Wir halten dafür, daß dies nicht nur ein Gebot der Notwendigkeit, sondern auch des Anstandes ist. Bemerkte sei noch, daß der Arbeiterauschuß der Gasanstalt verschiedentlich diese Angelegenheit zur Sprache brachte. Und trotzdem...

Es hat nun den Anschein, als ob man den bereits im ersten Artikel wiedergegebenen Lohnvertrag auch den Arbeitern der Barmener Wasser- und Lichtwerke aufzuzustellern wolle und zwar in einer weit schlechteren Auflage. Bevor wir jedoch auf die Einzelheiten eingehen, sei bemerkt, daß die Gasanstaltsarbeiter bereits im Januar d. J. Eingaben um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einreichten. Die Arbeiter der Außenbetriebe des Gaswerkes, des Wasser- und Elektrizitätswerkes folgten Ende Mai, allerdings etwas verspätet, jedoch nicht zu spät, um bei Schaffung des neuen Lohnvertrages nicht beachtet werden zu können. Der neue Lohnvertrag ist also die „Solge“ der Verhandlungen der Arbeiter. Wir haben keinerlei die Forderungen der Arbeiter mitgeteilt. Heute sei die Wirkung des neuen Verhältnisses hervorgehoben.

Die Arbeiter der Gasanstalt erhalten einen Tagelohn von 3,00 Mk. bis 4,50 Mk. Die Steigerung beträgt 10 Pf. pro Jahr und Tag. Mit Schaffung des Lohnvertrages beträgt der Tagelohn 3,50 Mk. bis 4,50 Mk. (1) Also: der Höchstlohn bleibt bestehen, der Mindestlohn wird herabgesetzt. In Elberfeld beträgt der Tagelohn an die gleichen Arbeiter 4,00 Mk. bis 4,50 Mk.! Die Steigerung beträgt auch hier 10 Pf. pro Jahr und Tag, mit der Einschränkung, daß, wenn der Satz von 4,50 Mk. erreicht ist, die Steigerung in zweijährigen Abständen eintritt. Warum, so lautet unsere Frage, hat man

## Die Volksverbesserer.

Eine Kriminalgeschichte von Ludwig Thoma.

Man schrieb und sprach in der letzten Zeit vieles über unseren Richterstand. Die Frage, ob von unheimlicher Verbedung bei eigentlicher Unberechtetheit überhaupt gesprochen werden könne, wurde von einem hohen Ministerrum dahin beantwortet, daß dies jedenfalls nicht geschehen dürfe.

Diese Behandlung des kritischen Themas ist ebenso erschöpfend als maßgebend, und ich finde die hier niedergelegte Ansicht um so erquicklicher, als sie sich mit der meinigen deckt.

Ich habe stets unsere Richter bewundert, weil sie über alle Dinge mit der gleichen Sachkenntnis urteilen und nicht selten gerade das finden, an was niemand dachte. Dabei geht unverkennbar ein großer Zug durch unsere Rechtspflege; man hat wirklich die Abicht, die niederen Volksschichten zu bessern und zu belehren.

Wenn dies durch Anwendung väterlicher Strenge irgend möglich ist, geschieht es sicherlich gerne, aber es fehlt auch nicht an Versuchen der gütlichen Ueberredung.

Ich habe schon manchen jungen Amtsrichter beobachtet, wie er im Schwelge seines Angechichts sich abmühte, um einem verstockten Arbeiter klar zu machen, daß die sozialen Verhältnisse durchaus nicht so schlimm seien, wie dieser sie kennen lernte.

Es gibt gestern bewunderte ich die Geduld und die Einsicht des jugendlichen Juristen, als die Sache des Maurers Johann Fleischhacker verhandelt wurde.

Der Delinquent war an einem Sonntag vor den Magistrat geladen worden, um seine Invaliditätsversicherungsakte abzuholen. Er hatte hierin eine unliebbare Störung seiner Sonntagsfreuden erblidigt und dies sämtlichen Beamten mit erhobener

Stimme so deutlich zu erkennen gegeben, daß er nunmehr auf der Anklagebank saß.

Man sieht, der Fall entbehrt nicht eines gewissen sozialen Peinlichkeits. Dies mochten wohl auch die Herren am Richterstuhl fühlen.

Der Amtsanwalt rückte sich straffer im Stuhle zusammen und streich bedeutungsvoll den kleinen Schnurrbart. Das jugendliche Gesicht des Vorsitzenden bekam ein finstres Aussehen und die Stimme klang mehrere Nuancen schärfer, als er Johann Fleischhacker ins Gehel nahm.

Es entwickelte sich das satzjam bekannte Frage- und Antwortspiel.

In dessen Verlauf zeigte es sich deutlich, daß die Verfehlung des Mündener Kassadenmurers nicht bloß auf seelische Erregung, sondern auf seine Charakterbildung zurückzuführen war.

Er glaubte hartnäckig, daß er im Rechte war; er sprach davon, daß, wer die Waade arbeite, am Feiertage seine Ruhe haben möchte; er stellte die Ansicht auf, daß die Beamten wegen der Zeit und nicht die Zeit wegen der Beamten da seien; er versuchte nachzuweisen, daß er sich nichts gefallen lassen brauche, kurz, er brachte lauter Dinge vor, welche in das Politische hineinverspielten.

Dabei war er auch in der Form durchaus nicht korrekt.

Eine Stimme, die durch starkes Schmalzlerschnupfen eine unangenehme Klangfarbe angenommen hatte, war rauh und verlegend; überdies schien Fleischhacker zu glauben, daß seine Gründe besser würden, wenn er sie mehrmals und immer lauter vorbrachte.

Die Debatte wurde ziemlich erregt, und als der Vorsitzende in berechtigter Entrüstung dem Angeklagten vorhielt, daß es ja nur sein festes Wäre, wenn der Staat für die alten Tage der Arbeiter

hier mit ungleichem Maße gemessen? Angeblich weil die Elberfelder Stöcker stets vor dem Feuer arbeiten, die Varmer jedoch auch Arbeiten verrichten, die nicht in dem Maße beschwerlich und gesundheitsgefährlich sind, wie es die Feuerhausarbeit ist. Was ist daran? Die Varmer verrichten dieselbe Arbeit wie die Elberfelder, nur müssen sie die Nebenarbeiten, das Stoblenbefahren usw. noch obendrein mit übernehmen. Auch muß bemerkt werden, daß gerade die Varmer Stöcker im Hinblick auf ihre wechselnde Tätigkeit, die sie vom heißen Eisenhaus in den zugigen Hof und dann wieder umgekehrt bringt, im hohen Maße von gesundheitlichen Gefahren bedroht sind.

Die Handwerker und Maschinenisten der Wasser- und Lichtwerke sind in beiden Städten gleichgestellt: 4,00 Mk. bis 4,80 Mk., bei einer Steigerung von 10 Pf. alle Jahre bis 4,50 Mk., von hier ab alle zwei Jahre um 10 Pf. Es braucht wohl kaum betont werden, daß diese Lohnsätze keine beneidenswerten sind, um so mehr, als die Arbeit dieser Leute ebenfalls durchweg eine aufreibende, teilweise auch schmutzige ist. Auf die Verantwortung der Maschinenisten sei nur nebenbei hingewiesen. Die Einführung des achttündigen Arbeitstages für die Maschinenisten und Heizer debattiert man erst gar nicht mehr. Vor dem Inkrafttreten des neuen Tarifes betragen die Tagelöhne für Installateure am Elektrizitätswerk 3,50 Mark bis 4,50 Mk., der Rohrleger, Klempner und Installateure am Wasserwerk und Gaswerk 4,00 Mk. bis 4,50 Mk. Am Elektrizitätswerk merkte man nichts von einer für alle Arbeiter günstigen Bestimmung, wonach die Löhne nach gewissen Zeiträumen steigen sollten. In den anderen beiden Werken stieg der Lohn um den berühmten Groschen pro Jahr und Tag.

Die Heizer erhalten jetzt in Elberfeld 4—4,50 Mk., in Varmer jedoch nur 3,50—4,50 Mk.

Die Klasse IV im Elberfelder Tarif, welcher für eine Anzahl von Arbeiterkategorien ein Tagelohn von 3,50 Mk. bis 4,20 Mk. vorsieht, vermischen wir in Varmer Tarif. Es handelt sich um die Raschennputzer, Schmierer, Molslöcher, Zuschläger, Wasserstoffgasarbeiter usw.

Die gleichen Arbeiterkategorien haben wir auch in Varmer. Es bleibt nur die Möglichkeit offen, daß man hier alle diese Arbeiter einfach unter die Hilfsarbeiter rechnet, für die im Tarif in ihrer sorgfältigen Weise ein Tagelohn von 3,20 Mk. bis 4 Mk. vorgesehene ist. Freilich kann der Betriebsleiter einen um 20 Pf. höheren Anfangslohn gewähren. Wir haben bereits im ersten Artikel auf die glatte kapitalistische Arbeiterfürsorge hingewiesen. Vor dem Inkrafttreten des Tarifes hatten die Hilfsarbeiter, Erdarbeiter und Kohlarbeiter Tagelöhne von 3,30—3,80 Mk. am Elektrizitätswerk, 3,50—4,00 Mk. am Gas- und Wasserwerk. Der Höchstlohn ist also um 20 Pf. erhöht worden, sonst bleibt alles hübsch beim alten. Daß eine Lohnzulage bei einer solchen Art Lohnerböhung nicht herauspringen kann, ist klar. Man scheint wirklich zu glauben, daß durch eine bloße Änderung der Lohnbestimmungen und deren Ausübung die Arbeiter zu befriedigen seien. Den Arbeitern bei Renteneinkommen auch eine höhere Einnahme zuzusprechen, zu dieser Höhe kommunaler Arbeiterpolitik hat sich die Varmer Stadtverwaltung noch nicht emporschwingen können. Nach wie vor wird den Arbeitern kein anderes Mittel zur Verfügung stehen, das farge Einkommen zu erhöhen, als Heberstunden bis zur Bewußtlosigkeit zu machen, im übrigen die Frau und die Kinder mitradern zu

lassen. Und wer dann von den städtischen Arbeitern das Mückennetz ganz zerbrochen bekommt, den schickt man ins „Blau Kreuz“ oder ähnliche Vereine, allwo er seine Pfennige für charitative Zwecke opfert und wo man ihm erzählt, die Sozialdemokratie wolle die Familie zerstören.

Wenn nun die Stadtverwaltung usw. glauben machen will, sie hätte etwas für ihre Arbeiter geschaffen, so ist dies nicht wahr. Denn der ganze Tarif fällt in sich zusammen, wenn man die Schlussbestimmungen desselben liest. Es heißt also: „Die Anfangslöhne setzt der Betriebsleiter fest nach der Lage des Arbeitsmarktes sowie der Persönlichkeit des neu einzustellenden Arbeiters. Regelmäßig im Lohn steigen nur einwandfreie und vollkräftige Arbeiter.“

Was bleibt nun noch von dem ganzen Tarif übrig? Es ist Scheiderei, zu sagen, nunmehr seien die Lohnverhältnisse nach einheitlichen Grundätzen geregelt. Das Gegenteil ist wahr: Mit der Schaffung dieses Rentensystems, genannt „Lohnfestsetzung, für die städtischen Wasser- und Lichtwerke, gültig ab 1. Juni 1907“ wird die Güntlingwirtschaft in den in Rede stehenden Betrieben von oben herab ausdrücklich sanktioniert, Willkür und Schikanierung von Seiten mander untergeordneter Organe der Verwaltung tragen jetzt den obrigkeitlichen Stempel.

Resümieren wir: Die Festsetzung der Löhne, soweit man von solchen reden kann, ist ohne jede Mitwirkung der Arbeiter und des betreffenden Arbeiterausschusses in der Gasanstalt erfolgt; die Wünsche der Arbeiter sind vollends unberücksichtigt geblieben; der neue Lohnsatz erhält keinerlei wesentliche Verbesserungen, teils verschlechtert er die bisherigen Verhältnisse; der neue Lohnsatz von Varmer ist in seiner Fassung weit schlechter wie der von Elberfeld, es ist überhaupt kein Lohnsatz, weil trotz Festsetzung der Lohnsätze alles in die Hand des Betriebsleiters und seiner Organe gelegt wurde; daß alles, soweit die Arbeiter nicht direkt geschädigt werden, beim alten bleibt.

So betreibt man in Varmer kommunale Arbeiterpolitik. Grundsatz ist und bleibt: Laß mir den Pelz, mach ihn aber nicht naß!

### Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1906.

Die Zahl der östlichen Gewerkschaftskartelle ist im Jahre 1906 wieder um ein beträchtliches gestiegen. Zu den Ende 1905 bestehenden 480 Gewerkschaftskartellen sind 73 neu gegründete hinzugekommen, so daß Ende des Jahres 1906 in 553 Orten Gewerkschaftskartelle vorhanden waren. Die Gründung von Kartellen erfolgte im letzten Jahre ausschließlich in kleineren Orten und zum Teil in solchen Orten, in denen früher schon einmal ein Zusammenschluß der Gewerkschaften stattgefunden hatte, der aber wegen Interesslosigkeit, teils auch infolge Maßregelung wieder in die Brüche gegangen war.

Die Statistik umfaßt auch für 1906 nicht sämtliche Kartelle, erstreckt sich vielmehr nur auf 526 = 95,1 Proz. der bestehenden Kartelle. Es fehlen in derselben 27 Kartelle, was besonders deshalb zu beacuten ist, als unter den fehlenden Kartellen sich verschobene größte befinden, deren Fehlen in der Statistik acquiriert ist, das Gesamtbild, wenn auch nur in geringem Maße, ungünstig zu beeinflussen.

sorge, da erklärte Fleischhacker feierlich, daß er auf die Altersrente pfeife und daß er sie jedem im Zukunftsaum überlasse, der sie wolle.

Ich fürchtete bereits, daß die Mühseligkeit üble Folgen haben werde, allein zu meinem Erstaunen blieb der Vorsitzende ruhig. Er nickte nur schmerzlich lächelnd mit dem Kopfe, wie jemand, der etwas lange Geduldliches benötigt sieht. Dann warf er einen verständnisvollen Blick zum Amtsanwalt hinüber, der mit wilder Energie den Schnurrbart drebte.

„Fleischhacker“, sagte der Vorsitzende mit weicher Stimme, „Fleischhacker, gelt, Sie sind Sozialdemokrat?“

„Dös glaab i“, erwiderte dieser, „seit's dö Partei kam, bin i dabei.“

„Ach so, jetzt wird mir vieles klar!“ Der junge Amstrichter sah bei diesen Worten so nett und so intelligent aus, daß ich ihn wirklich lieb gewann.

Ich merkte, daß er keinen Groll gegen den Angeklagten hegte und daß ihn nur tiefes Mitleid mit dem Unglücklichen ergriffte.

Er räusperte sich mehrmals wie jemand, der eine längere Rede vor hat und dann fragte er gutig: „Fleischhacker, sehen Sie nicht ein, wie weise dieses Gesetz ist, welches Ihnen ein glückliches Alter verbürgt?“

„Na! Dös scheid i net.“

„Ja, aber Fleischhacker, paßen Sie mal auf, nehmen wir mal an, Sie werden alt, müde, gebrechlich, Sie werden 70 Jahre alt.“

„Dös glaab i net.“

„Was glauben Sie man?“

„Fak i heiwaz'a Jahr alt wer, glaab i net.“

„Ja, warum? Gehört das zu den Unmöglichkeiten?“

„Ja, i glaab's halt net.“

„So, Sie glauben es einfach nicht? Om! Gut! Aber Fleischhacker, selbst angenommen, Sie würden dieses Alter nicht erreichen, dann werden doch andere, Ihre Mitarbeiter, diese Wohltat genießen.“

„Was brauch denn i für andre zahl'n? Dös gibts gar net!“

„Das ist es eben!“ fiel hier der Amstrichter eifrig ein, „das ist es eben! Sehen Sie, Fleischhacker! Da fehlt Ihnen die Einsicht, der Sinn für die Allgemeinheit, für das Ganze, für den Staat.“

Fleischhacker nahm eine Krise Schmalzer und sah ironisch auf seinen Lehrer, der mit erhobener Stimme fortfuhr: „Der Staat ist eben, ja, wie soll ich mich Ihnen verständig machen, der Staat ist wie eine Wienentolonie, wie ein Wienentorb, in Zellen eingeteilt: jede Zelle hat ihre Zelle für sich, ihre Funktionen für sich, aber alle greifen zusammen. Versuchen Sie mich?“

„Na, und glauben ma i's a net.“

„Was glauben Sie nicht?“

„Daß der Staat wie a Wienentorb is, glaab i net, Herr Amstrichter. Bei die Wienentorb'n dö, wo wir arbeit'n, umbracht, bei uns obba kam's das schönste Leben. Dös is grad umgekehrt.“

Das Gesicht des Vorsitzenden hatte sich bei diesen Worten verfinstert, jede Milde war daraus verschwunden.

Er sah, daß mit Verknüpfungsgründen eine Forderung nicht zu erreichen war und beschloß wohl, die ganze Streuge des Gesetzes anzuwenden.

In der Tat wurde Fleischhacker mit der höchsten Strafe bedacht. Der Mann hatte die Möglichkeit, von seinem Arztem geheilt zu werden, schände verschert. Da ist Milde vom Uebel.

Den 526 an der Statistik beteiligten Gewerkschaftsartikeln sind insgesamt 7390 gewerkschaftliche Organisationen mit zusammen 1500202 Mitgliedern angeschlossen. Davon sind Zahlstellen der an die Generalkommission angegliederten Zentralverbände 7329 mit 1494536 Mitgliedern, 35 Lokalvereine mit 4245 Mitgliedern und 26 Zweigvereine anderer, der Generalkommission nicht angegliederter Organisationen mit zusammen 1421 Mitgliedern. Die Zahl der Mitglieder der Zentralverbände betrug am Schlusse des Jahres 179293. Es sind demnach 83,1 Proz. dieser Gewerkschaftsmitglieder in den Kartellen vereinigt. 1905 waren von 1162331 Gewerkschaftsmitgliedern 81,3 Proz. den Gewerkschaftsartikeln angeschlossen. Von den 35 Lokalvereinen, welche den Gewerkschaftsartikeln angeschlossen sind, befinden sich allein 16 mit 2815 Mitgliedern in Solingen. Die übrigen 19 Vereine verteilen sich auf weitere 12 Orte. Zwei dieser Lokalvereine — einer in Berlin und einer in Köln — sind solche, für deren Beruf eine Zentralorganisation nicht besteht.

Die Wahrnehmung, die wir im vorigen Jahre hinsichtlich des Fortschritts der Gewerkschaftsbewegung gemacht haben, finden wir auch in diesem Jahre wieder durch die Statistik bestätigt. Nämlich die Tatsache, daß der Mitgliederzuwachs in den letzten beiden Jahren in den Mittelstädten größer war als in den Großstädten.

Am Schlusse des Jahres 1905 waren in den Gewerkschaftsartikeln 1180910 Mitglieder vereinigt, und am Schlusse des Jahres 1906 betrug die Gesamtzahl der in den Kartellen vereinigten Mitglieder 1500202. Die Zunahme beträgt somit 319262 oder 27 Proz. Die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder ist nach der Statistik über die Stärke und Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften von 1429303 am Schlusse des Jahres 1905 auf 1792933 am Schlusse des Jahres 1906 gestiegen. Hiernach beträgt die Zunahme 25,9 Proz. Von der Gesamtzahl der in Kartellen vereinigten Gewerkschaftsmitglieder befinden sich 919869 = 61,3 Proz. in den 41 Großstädten, gegenüber 59 Proz. im Jahre 1905. Ist also der Prozentjah der in Großstädten vorhandenen Gewerkschaftsmitglieder gegen das Vorjahr gestiegen, so zeigt eine Gegenüberstellung der Zahlen doch, daß im allgemeinen das Wachstum der Gewerkschaften größer ist als speziell in den Großstädten.

Die Zahl der den Kartellen nicht angeschlossenem Zweigvereine der Zentralverbände ist immer noch ziemlich groß. Insgesamt stehen in 215 Orten 400 Zweigvereine den örtlichen Kartellen fern.

Nächst dem Verbands der Buchdrucker stellen die Organisationen des Baugewerbes, Maurer, Zimmerer, Maler, Taddeder, Bauhilfsarbeiter, ferner die der Maschinisten, Metallarbeiter und Schneider die größte Zahl der den Kartellen fernstehenden Zweigvereine. Von 7678 in den Kartellen bestehenden Organisationen gehören 7278 = 94,8 Proz. den Gewerkschaftsartikeln an. In dieser Hinsicht ist seit 1903 kaum eine Verringerung eingetreten, denn es waren während der vier Jahre stets etwas mehr als 5 Proz. der in Kartellorten bestehenden Organisationen den Kartellen nicht angeschlossen.

**Einrichtungen und Tätigkeit der Kartelle.**

Neben der Agitations- und Organisationsfähigkeit der Kartelle verwenden diese ihre Aufmerksamkeit ganz besonders auch auf die Bildungsbestrebungen der Arbeiter sowie auf das Gebiet des Rechtschutzes und der Auskunftsleistung.

Es unterhalten 300 der an der Statistik beteiligten Kartelle eine gemeinsame Bibliothek, und 47 Kartelle unterhalten außerdem auch ein Lesezimmer. Für das Jahr 1905 verzeichnete die Statistik 252 gemeinsame Bibliotheken und 39 Lesezimmer. Es ist erfreulich, daß die Kartelle eine ihrer Aufgaben mehr und mehr in der Befriedigung des Bildungsbedarfes der Arbeiter erkennen und dieser Erkenntnis auch dadurch Ausdruck verleihen, daß sie neben den eigenen Unternehmungen, wie Bibliotheken, Veranstaltungen wissenschaftlicher Vorträge usw., auf die von bürgerlicher Seite veranstalteten, der Volksbildung und Unterhaltung gewidmeten Unternehmungen unterstützen, soweit diese letzteren den Prinzipien der Klassenbewußten Arbeiterbewegung nicht zuwiderlaufen. Diese Betätigung ist um so mehr zu begrüßen, als gerade auf diesem Gebiete die einzelnen Organisationen, insbesondere in kleinen Städten, wegen der geringen Mitgliederzahl nur unbedeutendes und zum Teil überhaupt nichts zu leisten vermögen, während durch die Zusammenfassung der Kräfte, wie dies in den Gewerkschaftsartikeln der Fall ist, sich auch in kleineren Orten recht ansehnliche Erfolge erzielen lassen.

Die Zahl der von den Kartellen unterhaltenen Arbeitersekretariate ist von 31 im Jahre 1904 und 56 im Jahre 1905 auf 67 im Jahre 1906 gestiegen. Auskunftsstellen wurden im Jahre 1906 von den Kartellen 116 unterhalten, so daß insgesamt 183 Kartelle Einrichtungen für Auskunftsleistung und Rechtsbeihilfe getroffen haben. In welcher Weise die von den Kartellen zu erledigenden Arbeiten an Umfang zugenommen haben, geht daraus hervor, daß 14 Kartelle gegen 6 im Jahre 1905 und 5 im Jahre 1904 ein eigenes Bureau mit besoldeten Beamten unterhalten. Die Gesamtzahl der von den Kartellen angestellten, in den Arbeitersekretariaten und Gewerkschaftsbureaus tätigen Beamten betrug 1901: 48, 1905: 84 und 1906: 110.

Gewerkschafts- oder Volkshäuser, die von den Kartellen selbständig oder mit deren Hilfe und Unterstützung erhalten werden, sind in folgenden Städten vorhanden: Berlin, Braunschweig, Breslau, Cassel, Celle, Charlottenburg, Köln a. Rh., Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Erfurt, Feuerbach, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Hamburg, Danau, Heidelberg, Mattowiß, Kiel, Leipzig, Liegnitz, Mannheim, Mühlhausen i. Th., Mülheim a. Rh., Offenbach a. M., Plauen i. V., Pößneck, Solingen, Stralsund, Stettin, Stuttgart, Trier, Wernigerode, Wilhelmshaven, Worms und Zittau. Es sind dies 36 Städte, welche über ein „eigenes Heim“ verfügen. 1905 konnten nur 26 Kartelle über die Errichtung eines solchen Unternehmens berichten. Es handelt sich hierbei durchweg um genossenschaftliche und gesellschaftliche Unternehmungen mit besonderer Verwaltung, über deren Einrichtungen und Rentabilität die Jahres- und Mahnenberichte der Verwaltungen Aufschluß geben. Mit den Gewerkschafts- und Volkshäusern sind häufig auch Versammlungssäle und verchiedentlich auch Zentralherbergen verbunden. Infolge der Saalabtreiberi seitens gegnerischer Organisationen sowie der Beeinflussung der Saalbesitzer seitens des Reichsverbandes, der Polizei- und Militärbehörden sind die Gewerkschaftsartikeln sehr vieler Orte genötigt, besondere Aufwendungen für Versammlungsräume zu machen. Für 1906 berichteten 107 Kartelle, einschließlich derjenigen mit Gewerkschaftshäusern, über die Unterhaltung von Versammlungssälen.

Zentralherbergen werden von 36 Kartellen unterhalten, und eine unter Kontrolle des Gewerkschaftsartikels oder einer vom Kartell gewählten Herbergskommission stehende Herberge beim Gastwirt ist in 236 Kartellorten vorhanden.

Bezüglich der von den Kartellen unterhaltenen Agitations- und Reichswehrkommissionen liegen für die letzten drei Jahre folgende Angaben vor. Von den Kartellen wurden unterhalten:

	1904	1905	1906
Reichswehrkommission für Gew.-Anspett. Sachsen	134	149	122
Kommissionen bezüglich Post- und Logiswesen	—	129	103
Anarbeiterkommissionen	151	195	197
Arbeiterinnen Agitationskommissionen	12	21	21
Weibliche Vertrauenspersonen	20	41	30

Diese Zahlen machen nicht den Eindruck besonderer Zuverlässigkeit, denn es ist nicht wahrscheinlich, daß solche Einrichtungen, deren Wirken erst nach längerer Zeitdauer fruchtbringend sein kann, nach Jahresfrist wieder aufgedoben werden.

Statistische Erhebungen wurden von den Kartellen im Jahre 1906 weniger veranstaltet als 1905. Die Gesamtzahl der Erhebungen betrug im letzten Jahre 101 und im Jahre vorher 134. Erhebungen über Lohn und Arbeitsverhältnisse veranstalteten 1906 14 Kartelle, Arbeitslohnverhältnisse nahmen 7 Kartelle vor, und von 80 Kartellen wurden Erhebungen verschiedener Art veranstaltet.

Versammlungen wurden insgesamt 3804 im Jahre 1906 einberufen, davon 2283 allgemeine und 1541 berufliche.

**Die Finanzgebarung der Kartelle.**

Die Einnahmen der Kartelle bestehen in erster Linie aus den festen Jahresbeiträgen, die mit geringen Ausnahmen alle Kartelle erheben, sowie aus den Ueberschüssen der verschiedenartigen Unternehmungen. Von den 526 berichtenden Kartellen erheben 520 einen bestimmten Jahresbeitrag, der bei drei Kartellen noch nicht 10 Pf. pro Jahr beträgt und bis zu 3 Mk., bei zwei Kartellen, steigt. Um den an die Kartelle gestellten finanziellen Anforderungen genügen zu können, waren in dem Jahr zu Jahr genötigt, die Beiträge zu erhöhen, und ganz besonders sind diese in den letzten beiden Jahren gestiegen.

Die Gesamtsummen der 507 Kartelle — 10 Kartelle haben darüber keine Angaben gemacht — im Jahre 1906 betragen 916758 Mk. Davon aus laufenden Beiträgen der Gewerkschaften 481932 Mk., aus sonstigen Einnahmen (Ueberschüssen von Festlichkeiten, Schriftenvertrieb usw.) 193144 Mk. und aus Streiksammlungen 241213 Mk. Die Kartelle gaben insgesamt 267545 Mark für Streikunterstützung aus, so daß nach Abzug der durch Sammlungen aufgebracht Summe aus den Kassen der Kartelle insgesamt 43382 Mk. für Unterstüfung von Streiks und Ausperrungen verausgabt worden sind. Ebdelich 459 Kartelle angaben, daß sie Streiks und Ausperrungen unterstützen und die dazu erforderlichen Mittel durch Sammlungen aufbringen, so haben sich doch nur 262 Kartelle an solchen Sammlungen beteiligt. Das Jahr 1906 war an wirtschaftlichen Kämpfen überaus reich, und ganz gewaltige Summen waren erforderlich zur Führung dieser Kämpfe. Aus den Kassen der Gewerkschaften wurden insgesamt 13718412 Mk. an Streikunterstützung gezahlt. Wie äußerst geringfügig erscheinen neben solcher Summe die 241213 Mk., welche die 262 Kartelle für Streikunterstützung gesammelt haben. War es früher eine der Hauptaufgaben der Kartelle, Mittel für Streikunterstützung zu beschaffen, so tritt diese Tätigkeit mehr und mehr in den Hintergrund. Selbständig und unausgabt dürfen die Kartelle solche Sammlungen nicht mehr veranstalten, und für die Gewerkschaften ist es eine Ehrenfrage, die Kämpfe möglichst mit eigenen Mitteln und ohne Zuhilfenahme öffentlicher Samm-

lungen zu führen. Wenn nun auch die Sammlungen mehr und mehr eingeschränkt werden, ganz verschwinden werden dieselben nicht, denn darauf unter allen Umständen zu verzichten, wird, solange Streiks zu führen sind, nicht gut möglich sein.

Abzüglich der für Streiks gesammelten Gelder betrug die Gesamteinnahme der Martelle 672 545 Mk. Der in den Massen der Martelle zu Beginn des Jahres vorhandene Massenbestand betrug 297 100 Mk., so daß den Martellen insgesamt eine Summe von 969 645 Mk. für die laufenden Ausgaben zur Verfügung stand. Die gesamten Ausgaben beliefen sich auf 559 981 Mk., und, soweit festgestellt werden konnte, war am Schlusse des Jahres 1906 ein Gesamtbestand von 429 763 Mk. vorhanden. Es wurden ausgegeben für Agitation 66 777 Mk., für Arbeitervertreterwahlen 22 374 Mk., für Gewerkschaftsbücher und Versammlungsgänge 50 682 Mk., für Serbergen und Arbeitsnachweise 5263 Mk., für Arbeitersekretariate, Auskunftsburauen, Bibliotheken und Vesehallen 157 404 Mk., für Verwaltung, worunter auch teilweise die Verwaltung der Arbeitersekretariate zu verstehen ist, 121 077 Mk. und für Sonstiges 138 994 Mk. In der letzteren Summe sind 5080 Mk. für statistische Erhebungen gemachte Ausgaben enthalten.

Auf welchen Gebieten die Mehrzahl der Martelle sich heroorragend betätigt, läßt sich am besten an den angewendeten Kosten ersehen. Der Agitation haben die Martelle unweifelhaft im letzten Jahre weit mehr Aufmerksamkeit zugewendet als in den Vorjahren. Wiederholt wiesen wir darauf hin, daß die Martelle diese ihre Hauptaufgabe teilweise ungenügend, zum Teil gar nicht erfüllen, und mit Befriedigung können wir heute die eingetretene Besserung konstatieren. Ebenso sehen wir, daß die Martelle sich immer mehr den Charakter als Erziehungsanstalten aneignen. Die Summen, die von den Martellen für Anstuferteilung, Bibliotheken und Vesehallen angewendet werden, sind rapid gestiegen. Während 1903 für diese Zwecke von 211 Martellen 59 737 Mark verausgabt wurden, haben 1906 331 Martelle die Summe von 157 404 Mk. für solche Zwecke verwendet.

#### Die Ma. elle der gegnerischen Gewerkschaften.

Unsere Martelle haben der gegnerischen Gewerkschaftsbewegung im letzten Jahre jedenfalls eine größere Aufmerksamkeit zugewendet als früher, das wird dadurch bewiesen, daß ihre Angaben bezüglich der Grenzen christlicher Martelle zuverlässig sind, was in den vorhergehenden Jahren nicht der Fall war. Es sind danach in 130 Orten neben unseren Martellen auch christliche vorhanden, das besagt, daß in diesen Orten die christliche Bewegung zu einer gewissen Bedeutung gelangt ist. Ueber die Stärke der christlichen Martelle sind unsere Genossen nur wenig informiert, denn nur 79 Martelle waren in der Lage, Angaben über die Zahl der den christlichen Martellen angeschlossenen Gewerkschaften machen zu können. Die Gesamtzahl der christlichen Gewerkschaften in 79 Martellen beträgt 412. Christliche Arbeitersekretariate und Volksbureaus sind in 80 Martellorten vorhanden. Diese haben sich seit 1905 nicht wesentlich vermehrt. Trotzdem muß man anerkennen, daß die Christlichen ihren Verhältnissen entsprechend auf diesem Gebiete das Mögliche zu leisten suchen.

Die Zahl der Kirch- und nderischen Ortsverbände wird auf 157 und die der dazu gehörigen Ortsvereine auf 559 angegeben. Auch diese Angaben dürften den tatsächlichen Verhältnissen ziemlich entsprechen. Von einem wesentlichen Fortschritt kann bei den Kirch- und nderischen keine Rede mehr sein, ihre Zeit ist abgelaufen. Als Unterstützungsmittel mögen sie noch lange bestehen, und im wirtschaftlichen Kampfe werden sie auch noch öfters von sich reden machen, indem ihre Mitglieder die Rolle der „Gelben“ spielen dürfen, ohne von der Organisation dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Ueber die Tätigkeit unserer Gewerkschaftsmartelle im Jahre 1906 können wir uns im allgemeinen anerkennend ausdrücken. Die Agitation, die Anstuferteilung, das Bibliothekwesen, die Vorbereitungen für die Arbeitervertreterwahlen, das alles sind Aufgaben, die die Gewerkschaftsmartelle im letzten Jahre nach Möglichkeit zu erfüllen gesucht haben, und der Erfolg wird die aufgewendete Arbeit reichlich lohnen. Wir können um so mehr der Tätigkeit der Gewerkschaftsmartelle unsere Anerkennung zollen, als gerade die wichtigsten Gebiete besonders ins Auge gefaßt worden sind. Werden die Martelle in dieser Weise sich weiter betätigen, so dürfen sie der weitgehenden Unterstützung seitens der Gewerkschaften und der Vertretung ihrer Gesamtheit sicher sein.

V. Brunner.

### Eine Mahnung.

Wer sich der Mühe unterzieht, den deutschen Mitterwald der Pein, Landesvereinigungen und Interessengruppen zu durchstreifen, der findet, daß überall eine fieberhafte Agitation entfaltete wird. Besonders auf Seiten des Unternehmertums, wo es gilt, den Profit und Ausbeutungsbegriff zu erhalten, zeigt sich ein eifriges Streben nach Zusammenfluß. Und überall kommt in Reden, Zeitungsartikeln und Verordnungen deutlich zum Ausdruck, sich den Profit möglichst nach zu verzögern und die Gebiete dafür zu erweitern. Auch, für sich selbst wie möglich herauszuschlagen,

andererseits aber die Lebenshaltung der Arbeiterklasse — deren Verbesserungsbestrebungen — soviel Widerstand wie möglich entgegenzusetzen. Das hemmt zweifelsohne den Fortschritt unserer Kultur. Aber trotzdem sind hieron nicht nur Privatunternehmer, sondern auch deutsche Stadtverwaltungen beherrscht. Und überall dort am meisten, wo sich die Arbeiter ihrer Organisationspflicht am wenigsten bewußt sind.

Bei vielen deutschen Stadtverwaltungen ist das soziale Pflichtbewußtsein noch nicht eingezogen, in dem Arbeiter etwas mehr zu sehen als das Arbeitstier, das froh sein muß, wenn es Beschäftigung erhält. Bei vielen Stadtverwaltungen wird auch der Glorienschein, mit dem sie sich zu umgeben verstehen, etwas kleiner, wenn man die Bestimmungen, Vorschriften und Verordnungen in die Hand nimmt und genau prüft. Man kann dann oftmals deutlich ersehen, es soll alles nach außen etwas scheinen, aber so wenig wie möglich kosten.

Auch in Freiburg i. Br. ist nicht alles Gold, was glänzt. Denn von fünf- bis sechshundert bei der Stadt beschäftigten Arbeitern sind nur zweihundertundzwei als Stadtarbeiter aufgeführt. Es sollen auch ein Duzend hinzugekommen sein seither, so sind doch niedrig gegriffen dreihundert von allen Verbesserungen (mit Ausnahme von 25 Pf. Lohnerhöhung) ausgeschlossen. Zeugnis von der Rückständigkeit und sozialen Kurzsichtigkeit gibt schon § 4 des Freiburger Arbeiterausschuß-Statuts der städtischen Lohnarbeiter. Danach sind nur Stadtarbeiter wahlberechtigt und wählbar, die 25 Jahre alt und zwei Jahre bei einer Verwaltung beschäftigt sind. Es sind also nach dieser Ansicht unter den 300 bis 400 beschäftigten Lohnarbeitern, die nicht im Besitze eines sogenannten Vertrages sind, keine Leute, die fähig wären, ihre Arbeitskollegen im Arbeiterausschuß zu vertreten, trotzdem Leute darunter sind, die schon viele Jahre bei der Stadt beschäftigt werden. Zu dem materiellen Verlust, den diese Leute erleiden müssen, indem sie keinen Urlaub erhalten, auch die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld einbüßen, werden dieselben noch rechtlos gemacht. Sie werden zu Arbeitern zweiter Klasse gemipelt, aber leisten müssen sie so viel wie die anderen, in vielen Fällen noch mehr. Zu allem sind die Leute fähig im Geschäft, nur nicht zum Wählen in den Arbeiterausschuß. Soziale Gerechtigkeit, wo bist du?

Deshalb richten wir an alle städtischen Arbeiter die Mahnung: Organisiert Euch, erkämpft Euch durch die Organisation Euer Recht, das Euch zu Unrecht vorenthalten wird. Es liegt nur an Euch, wenn Ihr anders behandelt werden wollt, schließt Euch zusammen, dann erst werdet Ihr auch die Vergünstigungen erlangen. Seid Ihr vielleicht nicht ebenso gedrückt bei Krankheit? Seid Ihr vielleicht nicht ebenso des Urlaubs bedürftig? Ist es nicht schon ein großer Vorteil der Stadtarbeiter Euch gegenüber, die Aussicht auf Melitenversorgung? Solt Ihr und wollt Ihr für immer von allem ausgeschlossen sein, nur bei den Arbeitsleistungen nicht? Dinein in den Gemeinbearbeiterverband! Er muß Euch Stab, Eure Stütze sein!

R. A.

### Aus der Praxis für Arbeiterversicherung.

Die Erhaltung der Betriebskrankentassen. Anlässlich der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung entspinnt sich in der Fachpresse ein lebhafter Streit über die Frage, ob die Betriebskrankentassen beibehalten werden oder der Reform zum Opfer fallen sollen. Die Vertreter der Betriebskrankentassen sind bekanntlich gegen diese Institution, und zwar hauptsächlich deshalb, weil das Selbstverwaltungsrecht bei den Fabrikkrankentassen nicht gewahrt bleibt, ferner weil die besten Kräfte den Betriebskrankentassen durch Erziehung von eigenen Fabrikkrankentassen entzogen werden. Auch wird behauptet, daß das Grundprinzip der Krankenversicherung die Betriebskrankentassen wären. Demgegenüber tritt ein erfahrener Fachmann auf dem Gebiete der sozialen Versicherung, Professor Dr. Stier-Somlo in Bonn, in der letzten Nummer des „Reformblatts für Arbeiterversicherung“, Frankfurt a. M., eifrig für die Betriebskrankentassen ein und setzt die Vorteile in ein besseres Licht, welche diese Massenform aufweist. Besonders betont er das sozialpolitische Moment der Annäherung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, welche durch das Zusammenarbeiten in den Betriebskrankentassen erzielt wird. (Bei den Betriebskrankentassen der drei Stadtverwaltungen ist davon allerdings wenig zu hören. D. R.) Er meint, daß alle diejenigen, welche sich für das Ideal eines konstitutionellen Fabrikbetriebes begeistern, auch für die Betriebskrankentassen Interesse zeigen müssen. Was die einzelnen technischen Vorteile der letzteren angeht, möchten wir auf das „Reformblatt“ selbst verweisen und hier nur die außerordentliche Leistungsfähigkeit der Betriebe gegenüber den Betriebskrankentassen mit wenigen Zahlen illustrieren. Im Jahre 1904 waren nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich in den Betriebskrankentassen circa 5,5 Millionen Mitglieder versichert, in den Betriebskrankentassen 2,7 Millionen, also ungefähr die Hälfte. Die ordentlichen Einnahmen betragen bei ersteren 127,8 Millionen Mark, bei letzteren 71,8 Millionen Mark, während dem Verhältnis schon ein Betrag von circa 63 Millionen Mark entprochen hätte. Die Verwaltungskosten sind außerordentlich gering; sie haben bei den Be-

triebskrankentassen nur 621 000 Mk. erreicht, bei den Erstkrankentassen aber circa 10,4 Millionen Mark. Auch im Vergleich der Leistungen schneiden die Betriebskrankentassen verhältnismäßig gut ab. Während sie im Jahre 1901 nach den obigen Ziffern nur die Hälfte der Mitgliederbeiträge im Vergleich zu den Erstkrankentassen hatten, stellten sich die Aufwendungen an Ärzten, Arzneien, Stranzen und Sterbegeldern, Wöchnerinnenunterstützung usw. bei den Fabriklassen auf 65 Proz. der Leistungen der Erstkrankentassen. Auf Grund dieser Erwägungen tritt Stier-Somlo für die Beibehaltung der Betriebskrankentassen ein und wendet sich entschieden dagegen, daß dieselben durch eine Reform beseitigt werden.

**Arbeiter und Unfallverhütung.** Der neue Jahresbericht der preussischen Regierungs- und Gewerbeverträge für 1906 führt lebhafteste Klagen über die Gleichgültigkeit, mit der die Arbeiter häufig den Verhütungsvorschriften gegenübersehen. Nur in einzelnen Bezirken ist es gelungen, einen Erfolg in dieser Beziehung zu erzielen. Zum Teil haben die Arbeitgeber dafür gesorgt, daß die Verhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften in regelmäßigen Zwischenräumen bekannt gegeben wurden. Auch dadurch, daß man den Arbeiterausschüssen die Überwachung der Einhaltung der Schutzvorschriften übertrug, sind günstige Resultate erzielt worden. Ferner haben sich Prämien, die sowohl seitens einzelner Arbeiter als auch Berufsgenossenschaften ausgesetzt wurden, auf das Beste bewährt. Alle diese an sich lobenswerten Versuche sind jedoch verhältnismäßig vereinzelt. Die hohe Zahl der selbstverschuldeten Unfälle macht ein systematisches, einheitliches Vorgehen durchaus notwendig. Zunächst müßte eine regelmäßige Aufklärung und Belehrung über die Notwendigkeit und richtige Anwendung der Verhütungsvorschriften seitens der Gewerbeaufsichtsbeamten durchgeführt werden. Diese Belehrung könnte in Form von Vorträgen, bei Gelegenheit der Befestigungen oder bei den Veranstaltungen der Arbeitervereine am besten stattfinden. Auch die Form von Vorträgen (wie in Frankfurt a. M.) würde sich dafür eignen. Nur müßte man sich zu diesem Zweck der Mithilfe der Organisationen versichern, die überhaupt mehr als bisher auf diesem Gebiete herangezogen werden müßten. Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Unfallverhütung ist ein Feld, auf welchem noch vieles zu leisten übrig bleibt, auf welchem sich jedoch andererseits Erfolge, wie an einzelnen Beispielen bewiesen ist, nicht allzu schwer erreichen lassen.

### Notizen für Gasarbeiter.

**Gaswerke in deutschen Großstädten.** Die meisten deutschen Großstädte haben eigene Gaswerke. Mit aus den Tabellen des statistischen Jahrbuches deutscher Städte zu ersehen ist, ergeben sämtliche städtischen Gasanstalten einen Uberschuß, der teils ganz an die Stadtstaaten abgeführt, teils zu Abschreibungen usw. verwendet wird. Nach den Angaben für das Jahr 1903 hat Berlin aus seinen Gaswerken einen Uberschuß von 4873 000 Mk. gehabt, Hamburg einen solchen von 1 379 000 Mk., Dresden 2 159 000 Mk. Das sind die drei höchsten Zahlen. Es folgt nun eine Reihe von Städten, die 1903 einen Uberschuß von mehr als 1 000 000 Mk. aus ihren Gaswerken gezogen haben: Breslau, Charlottenburg, Köln, Leipzig und München. Ueber eine halbe Million Mark Uberschuß lieferten die städtischen Gaswerke von Altona, Bremen, Düsseldorf, Elberfeld, Magdeburg und Nürnberg. Den niedrigsten Satz eines Uberschusses hatte Spandau aufzuweisen; immerhin betrug er noch 111 000 Mk.

**Mit Gasglühlicht sollen,** nach einer Meldung der „Königsb. Carl. Ztg.“, vorläufig 15 000 Personenwagen der preussisch-bessischen Staatseisenbahnen versehen werden. Nach langen Jahren des Probierens und Studierens hat man endlich eine Gasglühlichtlampe erfunden, in der die verwendeten Glühstrümpfe die nötige Haltbarkeit auch bei starken Erschütterungen bewahren, so daß sie in praktischen Eisenbahnbetriebe verwendbar sind. Die Lampen sind in einem Teile der Berliner Stadtbahnen bereits angebracht worden und bewähren sich vortrefflich. Die Einführung des Gasglühlichts ermöglicht es, auf den Acetylenzusatz zu verzichten, den man in den letzten Jahren zur Erhöhung der Helligkeit verwendete. Dadurch wird die ganze Beleuchtung billiger, obwohl erheblich mehr Licht erzeugt wird, so daß man auf allen Plätzen ohne Weiteres wird lesen können. Ein Teil der Lampen soll auch mit Vorrichtungen versehen werden, die das Anzünden und Verlöschen von dem Abteil des Wagens aus gestatten, so daß dann auch das Verreten der Wagenführer durch die Lampenanzeige in der Ferne kommt.

**Gasbereitung mit Torf.** Eine Gasgesellschaft in New York betreibt eine Anlage, die ein aus Torf, Brennöhl und Wasser bestehendes Gemisch durch hoch erhitzte schmiedeeiserne Schlangen von 9,1 Meter Länge und 25 bis 31 Millimeter Dike treibt. Das entstehende Gas bedarf keiner weiteren Reinigung, da sich alle Verunreinigungen infolge der nach Verlassen der Schlangen ein tretenden Temperaturerniedrigung als Nebenprodukte absetzen. Jede dieser sechs Schlangen erzeugt 25,3 Kubikmeter stündlich, und alle zusammen in 24 Stunden 1078 Kubikmeter Gas von 65,4 Deklar Leuchtstärke. Dem „rotglühenden Gas“ wird Dampf zugemischt, den es in Gas verwandelt. Der gestochene Torf wird

mit Wasser in einer Mühle zu einer Paste zerrieben, von der 30 Proz. = 44,36 Milligramm mit 25 Proz. Brennöhl = 36,97 Milligramm und 45 Proz. Wasser = 82,31 Milligramm zu einer Emulsion innig gemischt und mittels einer Pumpe bei einem Druck von 1,8 bis 3,2 Milligramm pro Quadratcentimeter durch die Schlangen gedrückt. Das gewonnene Gas ergab einen Heizwert von 8216 Kalorien. Als Nebenprodukt wird eine wässrige Flüssigkeit erhalten, die essigsaures Ammon sowie andere Ammoniakverbindungen organischer Natur in großer Menge enthält, die guten Absatz finden. Die Verwendung dieses Gases wird nicht nur an Stelle des Steinkohlengases, sondern auch zur indirekten Färbung für Schmelzöfen empfohlen, wo es wegen seiner großen Reinheit auf das Schmelzgut keine schädigende Wirkung ausüben kann. Die Anlage soll äußerst einfach sein, der Betrieb nahezu automatisch.

### Aus den Stadtparlamenten.

**Landesberg a. W.** Stadtv. Voj. berichtet in der letzten Sitzung, daß der Magistrat die Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung der städtischen Arbeiter vorschlägt. In anderen Städten, wie z. B. auch in Kiel, sei eine solche Versorgung, wie der Magistrat in seiner Vorlage ausführt, bereits vorhanden, und die Städte könnten sich in dieser Beziehung auch nicht gut vom Staat und den Privaten übertreffen lassen. Nachdem unlangst Alterszulagen für die städtischen Arbeiter beschlossen wurden, sei es erwünscht, die sozialen Pflichten der Gemeinde auch noch weitergehend zu erfüllen. Die durch die Alters- und Invalidenversicherung der Stadt erwachsende Höchstbelastung im Beharrungszustande werde 1957 Mk. betragen. Davon gingen aber die jetzt zu zahlenden Beiträge für die Alters- und Invalidenversicherung ab, die dann im Wegfall kommen; jedenfalls werde in den ersten Jahren die Belastung erheblich geringer sein. Im übrigen würden die städtischen industriellen Werke die Hauptlast zu tragen haben. Ein Rechtsanspruch solle ausgeschlossen sein, so daß die Stadt jederzeit in der Lage wäre, die gebaute Versorgung wieder einzustellen, falls die Mittel dafür einmal nicht vorhanden sind. Ueber das Projekt solle jedoch erst später Bescheid gemacht werden. Geplant sei, aus den erforderlichen Mitteln in den ersten Jahren einen Fonds zu gründen, der dann den später zu höheren Ausgaben zugute käme. Das Projekt des Magistrats schließt sich der Arbeiterversorgung der Stadt Halle an. — Referent erklärte, daß ihm der Plan ganz sympathisch sei und bei besserem Versuch der Versuchung würde er empfehlen, prinzipiell zuzustimmen. Es gebe aber doch gewisse Bedenken. So sei in Aussicht genommen, von den städtischen Arbeitern ein Gesundheitsbeitrag zu fordern, ferner beantrage der Magistrat das alleinige Bestimmungsrecht, auch wisse man nicht, welche Arbeiterkategorien in Betracht gezogen werden sollen, ob der Deinspector, der Stabsbeamte usw. auch interessiert sind. Referent empfiehlt daher Verweisung der Vorlage an die Rechnungsdeputation. — Demgemäß wurde beschlossen. — Die ehrwürdigen Landesberger Stadtväter scheinen ja ein überaus lebhaftes Interesse am Wohlergehen „ihres“ städtischen Arbeiter zu haben, daß sie so zahlreich auftreten und. Unsere organisierten Kollegen werden wohl etwas Neuer darüber machen müssen, sonst verat die Rechnungsdeputation auch wieder zwei Jahre!

**Berlin.** In der letzten Gemeinderatssitzung kam es bei dem Punkte „Gewährung von Feuerungszulagen an die Beamten, Diatäre und Arbeiter“ zu einer langen und heftigen Debatte, die sich mitunter auch auf persönliche Gebiete bewegte. Schließlich wurde der Antrag der Finanzdeputation den beratenden Beamten je 50 Mk., den ledigen Beamten je 30 Mk., den Diätären und Lehrlingen je 30 bzw. 20 Mk. und den städtischen Arbeitern je 20 bzw. 10 Mk. als einmalige Feuerungszulage zu bewilligen, in namentlicher Abstimmung mit 12 gegen 7 Stimmen angenommen.

### Aus unserer Bewegung.

**Berlin.** Die Sektion der Strahenteiniger beschäftigte sich in einer öffentlichen Versammlung mit der Aufstellung der Anträge für den nächstjährigen Etat. Dieselben erstreckten sich 1. auf Einführung des achtstündigen Schichtwechsels, 2. Zahlung von Wochenlöhnen mit jährlich steigenden Lohnstufen nach folgender Tabelle:

	Anfangslohn	Jährliche Erhöhung	Höchstlohn
Arbeiter . . . . .	27,00	1,00	32,00
Botenarbeiter . . . .	33,00	1,00	36,00
Handwerker . . . . .	33,00	1,00	36,00
Curisten . . . . .	14,00	1,00	17,00
Wärterinnen in den Bedürfnisanstalten	15,00	1,00	18,00

Für die Handwerker auf Montage eine tägliche Zulage von 0,75 Mk. Die beantragten Wochenlöhne sind für sechs Wochentage berechnet. Zur Sonntagsarbeit wird extra Bezahlung mit 100 Proz. und Ueberstunden mit 50 Proz. Lohnzuschlag beantragt. Diese all-



gemeinen Forderungen wurden allgemein als notwendig und berechtigt anerkannt und demgemäß beschlossen, die Forderungen bei der Verwaltung zu beantragen. Es wurde dann noch über einzelne Anträge für den Arbeiterauschuß verhandelt. Diefelben wurden ebenfalls angenommen. Wir möchten hierbei noch ein Gesandnis der Herren Kollegen vom Ortsverein Friedrich und Radischewsky, beides Arbeiterauschlußmitglieder, erwähnen. Im „Correspondenzblatt des Ortsvereins“ wurde behauptet, daß die Direktion dem jetzigen Arbeiterauschuß gegenüber erklärt habe: „Wenn die Hälfte der Kadrolöhne am Montag bis 11 Uhr arbeite, solle die andere Hälfte frei haben.“ Auf die Anfrage des Kollegen Schulz an die beiden umwiesenden Arbeiterauschlußmitglieder des Ortsvereins, ob die Direktion diese Erklärung abgegeben, antwortete der Kollege Radischewsky (17. Abteilung) mit „Nein“. Damit sieht fest, daß das „Correspondenzblatt“ falsch berichtet hat. Der nachfolgende Satz, wonach auf die angebotene Erklärung der Direktion unsere Kollegen im Arbeiterauschuß gefragt haben sollen: „Daß sie nicht auf den Vorschlag eingehen wollen“ ist die zweite Unwahrheit in einem und demselben Artikel. Die Behauptungen, daß der Verband bei der Arbeiterauschlußwahl verstoßen haben soll: „Wer einen Kollegen vom Verband seine Stimme gibt, erhält statt 3 Mk. 4 Mk. Anfangslohn“ ist eine weitere Unwahrheit. Wer solche Dummheiten, wie sie hier von der Organisation behauptet werden, verbreitet, muß im Übermaß doch nicht ganz richtig sein. Im übrigen behalten wir uns vor, den Leuten, die im „Correspondenzblattchen“ ihre Lügen abladen, zu der uns passenden Zeit zu antworten. An dieser Stelle möchten wir aber allen Kollegen zurufen, daß die moderne Arbeiterbewegung aller Vögel zum Trost sich Bahn gebrochen hat. Halten die Kollegen als überzeugte, opferbereite Kämpfer zusammen und lassen sie es sich nicht verdrießen, für ihre Ueberzeugung zu werben und zu agitieren, so wird auch die Sektion V trotz allen Aufseindungen groß und stark werden.

**Düsseldorf.** Die Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerks sind an der Direktion mit einer Eingabe herangetreten, in welcher die Einführung der Achtstundenschicht für Betriebsarbeiter, sowie eine Lohnzufuhr gefordert wird. Sie verlangen für Handwerker, Steiger und Maschinenführer einen Tageslohn von 4,50 Mk., ferner alljährlich um 20 Pf. täglich bis 5,50 Mk.; für Hof- und Pflasterarbeiter 4,00 Mk. Tageslohn, steigend bis 4,50 Mk.

**Gienach.** Unsere Kollegen hielten kürzlich eine Versammlung ab, in der Einspruch gegen die Entlassung von vier Arbeitern durch Herrn Kohrmeister desz. erhoben wurde. Die Mayregel ist mit Mangel an Arbeit bedrängt worden, die Arbeiter nehmen aber an, daß ihre Organisation, deren Vorsitzender einer der Entlassenen war, getroffen werden soll. Die Versammlung faßte folgende Resolution: „Die heutige Betriebsbesprechung der städtischen Arbeiter beruht auf das Entscheidende die unmaßhändigen Uebergriffe des Kohrmeister desz. vom städtischen Wasserwerk. Sie nimmt an, daß dieser Meister nicht im Einverständnis der Stadtverwaltung gehandelt hat, sondern ein Exempel statuieren wollte, um ihm unlieb gewordene Arbeiter los zu werden. Die Versammelten erwarten von der Stadtverwaltung, daß die ausgesprochenen Minderungen zurückgenommen werden, da ein Mangel an Arbeit nicht anerkannt werden kann, so lange die Stadt noch Arbeiten an einen Untermieter vergibt. Sollte jedoch die Stadtverwaltung die Maynahmen des Herrn desz. gutfinden, so wird eine weitere Versammlung beabsichtigt, was in Zukunft getan werden soll, um derartigen Dingen vorzubeugen.“

**Hamburg.** Mandirektor Winter beim Adl. Wegen unserer Kollegen W. Schönberg in Strafantrag gestellt worden wegen angeblicher Verleumdung des Mandirektors. Das Delikt soll entfallen worden sein in einer von Schönberg in der am 9. Juni d. J. im Rotenburgsorter Zivil hatnachbarten öffentlichen Staatsanwalter Versammlung gehaltenen Rede über das Thema „Staatsmandirektor Winter am Frankf.“. Es handelte sich dabei um die bekannten Arbeitermaßregeln am Staatslai, die auch in der Bürgerchaft mehrfach besprochen worden sind. Bei diesen Vorgängen spielten der Mandirektor und in der Bürgerchaft der Vorsitzende der Deputation für Handel und Schiffahrt, Herr Cisse, keine ruhmvolle und erhebende Rolle. Winter hatte die Lohnmessen der Arbeiter gemäßigelt, Herr Cisse verteidigte diese Maßregelung und stellte darüber der Bürgerchaft eine falsche Auskunft. Dieses Verfahren hat Schönberg in seiner fraglichen Rede kritisiert und soll dadurch der Mandirektor beschädigt haben. Winter will nun sein ramponiertes Ansehen in öffentlicher Gerichtsverhandlung reparieren lassen. Glück zu!

**Heide.** Wie die Zeitungen vermelden, wollten die Arbeiter der Abfuhranstalt zum vorklehen Sonntagabend die Arbeit niederlegen. Auf eine Bekanntmachung des Magistrats meldeten sich angeblich zahlreiche neue Arbeiter, und nun haben die bisherigen Arbeiter auf ihre Ansuchen die Arbeit unter den bisherigen Bedingungen wieder aufgenommen. Offensichtlich rufen sich die Kollegen in Heide in Zukunft besser, indem sie sich der Organisation anschließen.

**Mühlhausen.** Die öffentliche Gemeindefabrikantenversammlung, die auf den 13. August abends in die Wirtschaft „Zur Sonne“ ein-

berufen war, erfreute sich eines überaus starken Besuchs. Viele der Erschienenen fanden in dem ziemlich geräumigen Saal keinen Platz mehr. Es galt, in dieser Versammlung Protest zu erheben gegen die Verschleppungstaktik, die von der Stadtverwaltung und der jetzigen Mehrheit des Gemeinderats in der Angelegenheit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter getrieben wird. Kollege Würker - Straßburg referierte über die „Stellungnahme der städtischen Arbeiter zur Arbeits- und Lohnforderung betr. Verschleppungsantrag der bürgerlichen Mehrheitspartei“. Der Redner geißelte in scharfen aber berechtigten Worten das Verhalten der Stadtverwaltung und der Gemeinderatsmehrheit in dieser für die städtischen Arbeiter so wichtigen Angelegenheit. Mit großem Beifall wurden die Ausführungen des Referenten aufgenommen, als er das Verhalten des christlichen Gewerkschaftssekretärs, Herrn Fischer, brandmarkte. Herr Fischer, dieser sonderbare Arbeiterfreund, ist es gewesen, der den Verlogenungsantrag in der letzten Gemeinderatsitzung gestellt hat, zum Nachteil der städtischen Arbeiter. An der Diskussion beteiligte sich Genosse Wickh. Dieser Redner forderte die städtischen Arbeiter auf, sich mehr wie bis dahin um ihre Organisation zu kümmern, damit sie durch die Macht ihrer Organisation - eventuell auch ohne Beschluß des Gemeinderats - ihren gerechten Forderungen zum Siege verhelfen können. Zum Schluß der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, den 13. August, im Lokal „Zur Sonne“ versammelten städtischen Arbeiter aus sämtlichen Betrieben nehmen mit Bedauern Kenntnis von der Zurückstellung des Antrages auf Lohnserhöhung, wie dieser in der Gemeinderatsitzung vom 1. August angenommen worden ist.“

Die Versammelten sind der Ueberzeugung, daß es der Gemeindeverwaltung ganz sicher möglich gewesen wäre, die Frage der Lohnserhöhung speziell zu behandeln, und weil diese die dringlichste und notwendigste für die Arbeiter ist, sie so zu fördern, daß sie am 1. August endgültig entschieden hätte werden können. Die Zurückstellung dieses Punktes betrachten die Arbeiter als einen gegen sie gerichteten unfreundlichen Akt, der nur dazu angetan ist, der Stadtverwaltung die für die Lohnserhöhung notwendigen Mittel noch eine Zeitlang zu erparieren und die Arbeiterschaft noch längere Zeit unter den unzulänglichen Lohnverhältnissen darben zu lassen. Die Versammelten finden es ganz besonders bedauerlich, daß Gemeinderatsmitglieder, die führende Stellungen in den christlichen Gewerkschaften einnehmen, diesen Beschluß mit herbeigeführt haben, und versprechen, dahin zu wirken, daß diese Handlungsweise genügend bekannt gemacht wird. Die Versammelten richten an die Vertreter der Arbeiterpartei auf dem Rathaus erneut das Ersuchen, kein Mittel zu scheuen, um die Angelegenheit baldmöglichst einer vernünftigen Regelung zuzuführen.“

**Stettin.** Die am 3. August stattgefundene Mitgliederversammlung nahm einen Vortrag des Kollegen Riedel - Berlin über „Die sozialen Kämpfe der Gegenwart“ entgegen. Unter Vergleich der früheren Kämpfe mit denen der Jetztzeit, sowie an Hand eines reichhaltigen ziffermäßigen Materials führte der Referent den Anwesenden vor Augen, welchen hohen kulturellen Wert die Arbeiterorganisationen haben. In der Diskussion wurde von allen Kollegen den Ausführungen zugestimmt und zur regen Mitarbeit an dem weiteren Ausbau unserer Organisation aufgefordert. — Die Ersatzwahl für den Kollegen Grundemann, der sein Amt als erster Vorsitzender niederte, weil ihm von einzelnen Kollegen Unterstellungen gemacht waren, die indessen jeder Unterlage entbehren, wurde zur nächsten Mitgliederversammlung betagt. Eine Vertretungsmännerversammlung soll sich noch einmal mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Nachdem noch einige interne Verbandsangelegenheiten erledigt, fand die gut besuchte Versammlung ihr Ende.

**Wiesbaden.** Am Freitag, den 2. August, fand unsere Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende Phil. Schäfer legte sein Amt wegen Ueberbürdung der Arbeit nieder, da er auch Vorsitzender der Holzarbeiter in Wiesbaden ist. Es entstand nun für uns die Frage: Nehmen wir einen Vorsitzenden aus einer anderen Organisation oder nehmen wir einen Kollegen aus den eigenen Reihen? Kollege Karocke - Frankfurt hält es für unbedingt notwendig, daß ein Kollege aus den eigenen Reihen gewählt werde, der die Verhältnisse kennt und den verschlungenen Fäden in den städtischen Betrieben eher nachgehen könne, als ein Mann, der betriebsfremd sei. Man nehme auch der Stadtverwaltung den Vorwand, daß der Bevollmächtigte gar kein städtischer Arbeiter sei und sie deshalb nicht mit ihm zu verhandeln brauche. Die Kollegen müßten unbedingt einen Vorsitzenden aus ihrer Mitte nehmen. Bestehe es der Vorsitzende, seinen Standpunkt zu wahren, so werde die Stadtverwaltung sich hüten, Maßregelungen vorzunehmen. Verschiedene Kollegen waren anderer Ansicht und wollten keinen Kollegen in die Gefahr bringen, daß er seine Arbeit verlieren solle. Es wurde dann aber von den meisten Mitgliedern der Kollege Weber, unser seitheriger Kassierer, vorgeschlagen und mit großer Majorität gewählt. Kollege Joh. Fösch wurde zum Kassierer gewählt. Kollege Phil. Schäfer dankte für seine Entlastung. Er hat unsere Zentrale 3 Jahre geleitet und viel Zeit und Mühe geopfert. Kollege Karocke ersuchte die Kollegen, in ihren Betrieben eine reine Agitation für den Verband zu entfalten. Die Abrechnung vom 2. Quartal ergab an Einnahme für 28 Eintritte 13,50 Mk., für

2550 Wochenbeiträge männlicher Mitglieder 892,50 Mk., für 56 Wochenbeiträge weiblicher Mitglieder 11 Mk., 15 Wochenbeiträge pensionierter Mitglieder 2,25 Mk., 359 Ortszuschläge 35,90 Mk., Gesamtsumme 1571,14 Mk. Veranschlagt wurden für die Verwaltung 136,71 Mk., für die Organisation 12,90 Mk., Beiträge für Startell und Sekretariat 49,40 Mk., an die Hauptkasse wurden abgeführt resp. Zahlung für dieselbe geleistet 685,25 Mk.; bleibt ein Kassenbestand von 676,88 Mk., gegen 611,29 Mk. im vorigen Quartal.

### Rus den deutschen Gewerkschaften.

Auf dem Vormarsch! Vom Majestätischen Statistischen Amt werden jetzt die Ziffern über die gewerkschaftliche Entwicklung im Jahre 1906 veröffentlicht. Sie legen wiederum Zeugnis ab von der glänzenden Entwicklung und der großen Bedeutung der freien Gewerkschaften. Es hatten danach Mitglieder die

	Freien Gewerkschaften Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt	Zentrums-gewerksvereine Mitgliederzahl am 1. April	S. D. Gewerksvereine Mitgliederzahl am Jahresabschluss
1900 . . .	680 127	—	91 661
1902 . . .	733 206	79 077	102 851
1904 . . .	1 052 198	100 053	111 889
1905 . . .	1 344 803	195 101	117 097
1906 . . .	1 689 785	215 884	118 508

Am schlechtesten haben sich die Christl. Dundersehen entwickelt; sie nahmen seit 1900 nur um 26 817 Mitglieder zu oder 4171 pro Jahr. Besser entwickelten sich die Zentrumsgewerksvereine: ihre Mitgliederzahl nahm seit 1902 um 136 807 oder jährlich um 25 570 zu. Zieht man aber ihre riesige Agitation und ausgebreiteten Hilfsmittel (Presse, Merks usw.) in Betracht, so erscheint das Resultat sehr geringfügig gegenüber den großen Worten. Alles übertrifft weitaus die Entwicklung der freien Gewerkschaften. Sie gewannen seit 1900 über 1 Million Mitglieder (1 009 358) oder pro Jahr 168 226! Allein 1906 haben sie über 300 000 Mitglieder gewonnen, das heißt mehr als die Zentrumsgewerksvereine seit ihrem Bestehen. Die weit überragende Bedeutung der freien Gewerkschaften kommt ebenso deutlich zum Ausdruck in den Massenverhältnissen. Es haben 1906 betragen:

	Freie Gewerkschaften Mk.	Zentrums-gewerksvereine Mk.	S. D. Gewerksvereine Mk.
Einnahmen	41 602 939	3 378 833	2 338 765
Ausgaben	36 974 717	2 700 686	—
Vermögen	25 312 633	2 370 028	3 417 638

Wir werden in der nächsten Nummer ausführlich über unsere Fortschritte berichten.

Die Kosten der Holzarbeiterausperrung. Ueber zwei Millionen hat die Aussperrung in der Berliner Holzindustrie der Zahlstelle Berlin des Holzarbeiterverbandes gekostet. Wie der Kassierer Nieke in der Generalversammlung der Zahlstelle, über die wir an anderer Stelle berichteten, mitteilte, wurden bis zum 1. Juli an Ausgabeverträge 1 617 265 Mk. und an Arbeitslohn 521 169 Mk., zusammen 2 138 435 Mk. ausgegeben. Das beste ist, daß die Berliner Holzarbeiter dank der eigenen Opferwilligkeit jederzeit in der Lage sind, einen gleichen Angriff des Unternehmertums abzuwehren.

Ein Landarbeiterstreik. Was nur wenige für ernst hielten — ein Landarbeiterstreik — ist dieser Tage in der Nähe Hagensburgs, im Orte Etterhausen, ausgebrochen. Zwar war es nur ein sogenannter „wilder“ Streik, der dort zur Ausföhrung kam, und dennoch zeitigte er nach kaum zweitägiger Dauer einen Erfolg für die zierliche Arbeiterklasse des frommschen Gutes. Der Beschluß zum Streik wurde am Montag nach dem Kränklich gefaßt. Aukleute und Aukleuten erklärten sich mit den übrigen Arbeitern sofort solidarisch. Erreicht wurden 20 Pf. Lohnerhöhung pro Tag.

Massenanstreife aus den christlichen Gewerkschaften im Saarrevier. Die christlichen Gewerkschaften haben infolge ihrer weiten, unabhöngigen Kampfesweise gegen ihre Gegner im Saarrevier in den letzten zwei Monaten nicht weniger als 1700 Mitglieder verloren.

Streitende Gewerkschaftsdriften. In Nr. 33 der „Gewerkschaft“ ist berichtet worden von den Angriffen, die das Blatt des christlichen Metallarbeiterverbandes gegen den Verband der christlichen Hilfs- und Transportarbeiter richtete. Das Organ des letzteren, die „Gewerkschaftsstimme“, sagt in seiner Nr. 2 vom August nun dem Blatt der christlichen Metallarbeiter Redakteur Nieber, nach, es überiere „in seiner schmückigen Weise mit einer dicken Unwahrheit“. Die Straßenkämpfer seien im Metallarbeiterverband „zu schmückig behandelt worden“. Was der „Metallarbeiter“ schreibt, übersteige „den Gipfel der Unverschämtheit“. Die „Gewerkschaftsstimme“ erklärt, mit Rücksicht auf die Gesamtbewegung wolle sie nicht zu ausfallend werden und deshalb sage sie

nur: „Schredlich ist der Kampf mit Ungeziefer, dem Gestank als Waffe dient.“ Weiter heißt es: „Wenn Herr N. dann vielleicht damit renommieren will, daß der Metallarbeiterverband höhere Summen Streitgeld ausbezahlt hat, dann ist das auf die Streiks in „Rote Erde“ und „Kurbader Hütte“ zurückzuführen, wo man die Großsprecheri teuer bezahlen mußte. In Bewegungen wurde er im allgemeinen nur mitgeriffen von anderen Verbänden, sonst hätte er vielleicht nichts für seine Mitglieder getan. Wenn man freilich das Geschrei vernimmt, das bei Gelegenheiten auch nur der kleinsten Bewegung gemacht wird, dann könnte man meinen, die Leute hätten eine Welt erobert. Viel Geschrei und wenig Wille, das trifft auf die Herren in Luisburg vollinhaltlich zu. In dieser Beziehung sind gewisse Leute einzig.“ Das Metallarbeiterorgan hatte dem Hilfsarbeiterverband auch vorgeworfen, daß er finanziell nicht leistungsfähig sei. Daraufhin hat die „Gewerkschaftsstimme“ dem „Metallarbeiter“ eine Neuzugung eines „verarmigten Arbeiterführers“, des Genossen Böhmberg, vor, der einmal gesagt habe, es sei die größte Niederträchtigkeit, jemandem seine wirtschaftliche Hilfslosigkeit vorzuwerfen.

Die Gewerkschaftspressen erfuhr am 1. Juli einige Veränderungen, die wir hier kurz rekapitulieren. Die „Allgemeine Arbeiterzeitung“ des dem Transportarbeiterverbände angehörenden Vereins Berliner Drehschleifenshersteller stellt ihr Erscheinen ein. Für die Interessen der Drehschleifenshersteller wird ein Teil des „Courier“ reserviert. Die „Arbeiterzeitung“ hat 23 Jahre für die Drehschleifenshersteller und ihre Interessen gewirkt. — Der „Courier“ des Transportarbeiterverbandes erscheint ab 1. Juli wöchentlicher, anstatt wie bisher vierzehntägig, womit den Bedürfnissen der heute 100 000 Mitglieder zählenden Organisation Rechnung getragen wird. — „Der Arbeiter“, Organ der Glasarbeiter, der bisher im Verlage des Genossen Horn, Hildesheimerstraße, erschien, wird am 1. Juli vom Glasarbeiterverband übernommen. Redaktion und Verlag werden nach Berlin verlegt, die Redaktion übernimmt Genosse Ad. Gebel, Berlin O. 17, Goplerstraße 29. — Die Redaktion der „Graphischen Presse“ des Verbandes der Lithographen und Steindruckere wird von Leipzig nach Berlin verlegt. Der neue Redakteur, Karlbel Berlin, hat bereits die Redaktion übernommen. — Die „Mene“ des Verbandes der Montieroren stellte am 1. Juli ihr Erscheinen ein. — Der Verband der Montieroren trat mit diesem Tage zum Baderverband über.

### Rundschau.

Gegenüber den maßlosen Verleumdungen, die sich die sogenannte „nationale“ und gelbe Presse vor, während und nach der Reichstagswahl über die freien Gewerkschaften leistete, ist eine Auslösung des vom Zittauer Bezirksverein für innere Mission herausgegebenen „Evangelischen Gemeindeblattes“ für die Lausitz doppelt interessant. Das Blatt geradzu wie eine Widerlegung der landläufigsten von den Nationalen über die freien Gewerkschaften verbreiteten Lügen. Man höre, was das kirchliche Organ schreibt: „Seit reichlich drei Jahrzehnten hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung einen glänzenden Siegeszug gehalten. . . . Mit unbedingter Gewißheit wird diese Gewerkschaftsbewegung alle anderen großen Organisationen weit überflügeln. Somit werden diese Gewerkschaften für das Volksleben zu einem überaus wichtigen Faktor. Kein äußerlich betrachtet bildet diese starke Gewerkschaftsbewegung für jeden Arbeiter und jeden Arbeiterfreund Grund zu lebhafter Freude. Das törichte Gerede von den Arbeiterführern, die sich von den Großen der Arbeiter matten (1), darf in den meisten Fällen als ein deutlicher Beweis für großen Mangel an sozialem Verständnis und sozialer Gewinnung gelten. — Die Opferbereitschaft für seine Berufsgenossen, womit der Arbeiter alle anderen Stände verdammt, kann als ein Zeichen von Intelligenz und Solidarität betrachtet werden, als ein Stück praktischen Christentums, insofern die Opfer nur zum geringsten Teil dem besser situierten Arbeiter zugute kommen, meistens den untersten, am schlechtesten gelohnten Arbeiterschichten. — Je mehr ein Arbeiter für seine Organisation zahlt, desto selbstloser handelt er, desto mehr befördert er das Wohl seiner Berufsgenossen und damit seines Volkes, desto mehr verdient er unsere Achtung. Das muß — wenigstens prinzipiell und theoretisch — von allen zugestanden werden, die gerecht und vorurteilslos denken. Bei solchem prinzipiellen Zugeständnis wollen wir auch dann die tiefen Schichten nicht verdammen, welche neben diesen Vorurteilen auf der heutigen Gewerkschaftsbewegung liegen. Denn es kann uns nicht einfallen, den Geist des Hasses und der Abneigung, den Unglauben und den Terrorismus leugnen zu wollen oder gar zu verdrängen, der in den sozialdemokratischen Gewerkschaften sein finstres Wesen treibt. Ebensoviele läßt sich aber das andere leugnen: Die früher oft jämmerlichen Arbeits- und Lohnverhältnisse (2) in der Textilindustrie sind durch die Gewerkschaftsbewegung bedeutend gehoben worden. Auch läßt sich zu handgreiflich nachweisen, daß gegenwärtig jeder intelligente Arbeiter von Ausnahmen abgesehen nur eine Lösung kennt zum sozialen Fort-

fabrik-Organisation. Zu einer kräftigen Organisation gehören aber auch energische Führer. Ein energischer Führer muß aber unabhängig sein, es fällt also auch der Vorwurf hin, daß die Gewerkschaftsführer gar keine Arbeiter seien; auch die scharfe Sprache tut ihm nicht übelnehmen; der Arbeiter redet nicht die Sprache der Notbeamten und Diplomaten, er liebt die breite und offene, unter Umständen die rücksichtslose Redeweise, und der häufige Kampf, den diese Gewerkschaftsbeamten führen müssen, um für die Organisierten Vorteile zu erringen, macht notwendig scharf. — Absehen von der unausrottlichen Legende von dem Terrorismus usw. ist zweifellos diese Auslassung eine vorurteilslose Würdigung der glänzenden Verdienste der freien Gewerkschaften. Der Artikel-schreiber tut aber noch ein übriges und verzieht den Hirschen und den Helsen einige für sie sehr schmerzliche Sätze. Es heißt da: „Die freijünglichen (Hirsch) Tunderischen Gewerkschaften zeigten bisher trotz ihrer günstigen Massenverhältnisse bei ihrem Mangel an einheitlich geschlossener Weltanschauung nicht die erhoffte Werbekraft und blieben hinter den sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften weit zurück, so daß sie bei einem Ausblick in die Zukunft weniger in Betracht kommen (1907: circa 350 000 christliche und 130 000 Hirsch-Tunderische Gewerkschaftler). Im laufenden Jahre ist noch eine dritte Richtung, der Bund vaterländischer Gewerkschaften (genannt gelbe Gewerkschaften), auf Anregung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie hinzugekommen (circa 7000 Mann). Diese unterscheiden sich von den anderen hauptsächlich durch den Verzicht auf die Hauptkraft der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampf, auf den Streik — gegen Gewährung persönlicher Vorteile von Seiten des Arbeitgebers. Dieses Verhalten wird fast in allen Arbeiterkreisen als Schimpf und Verrat empfunden und deshalb dürfte dieser Gewerkschaftsrichtung keinerlei große Bedeutung zukommen sein.“ Hoffentlich schreiben sich diese gelben Arbeiterverräter das blamable Urteil hinter die Ohren.

**Vereinbeitlichung der Arbeiterversicherung.** Czizjós schreiben die „Berliner Politischen Nachrichten“: „Ueber die in Aussicht genommene Vereinbeitlichung der Arbeiterversicherung sind immer noch ganz ertümlische Vorstellungen verbreitet. Man geht vielfach von der Idee aus, daß es sich dabei um eine Zusammenlegung der verschiedenen Versicherungsweige handle. Es ist deshalb erneut darauf aufmerksam zu machen, daß man sich im Irrtum befindet, wenn man von der Annahme ausgeht, daß es sich bei der in Aussicht genommenen Regnahme um die Beseitigung jetzt bestehender Versicherungsträger handelt. Gewiß gab es eine Zeit, in der man daran dachte, die Arbeiterversicherungsorganisation zu vereinheitlichen. Aber auch damals war der Kreis derer, die alle drei Kategorien von Versicherungsträgern in eine verschmelzen wollten, doch nur recht klein. In maßgebenden behördlichen Kreisen hat diese Idee von Anfang an recht wenig Anklang gefunden. Dagegen wurde die Idee der Verschmelzung von Krankenkassen mit Invalidenversicherungsanstalten eine geraume Zeit hindurch ernsthaft erörtert. Es sind in dieser Beziehung von den verschiedensten zuständigen Stellen eingehende Denkschriften ausgearbeitet und veröffentlicht worden. Bei dieser byzantinischen Entwicklung der ganzen Frage ist es schon an sich nicht recht verständlich, weshalb man sich in einzelnen Gewerkschaften und wie gesagt auch in Handelskammern darüber anfragt, das die Existenz der Versicherungsorganisationen in Frage stünde. Das ist ja gar nicht der Fall. War schon früher kaum daran gedacht, die Versicherungsorganisationen, die sich für die Unfallversicherung so außerordentlich gut bewährt haben, fallen zu lassen, jetzt steht eine solche Eventualität noch viel weniger in Frage. Es handelt sich jetzt auch gar nicht um die Zusammenlegung der gesamten Versicherungsorganisationen, sondern in der Hauptsache um eine Vereinbeitlichung der verschiedensten rechtlichen Bestimmungen bei den staatlichen Versicherungsarten.“ In der Tat hat man sich nicht nur früher eine Vereinbeitlichung der Arbeiterversicherung als organisatorische Zusammenfassung der verschiedenen Versicherungsweige gedacht, diese Zusammenfassung erscheint auch heute noch als die einzig rationelle Lösung der Frage.

**Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsleistung.** Aus der Vorheimer Hygieneindustrie bringt der Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion für 1906 eine Schilderung der Erfahrungen, die man mit der Einschränkung der Ueberstunden auf Grund des Tarifvertrages, der einheitlich für alle Vorheimer Betriebe gilt, gemacht hat: Die Bestimmung, daß die zwölfte und dreizehnte Arbeitsstunde mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt werden müssen, scheint nach den Erfahrungen des vergangenen Winters ihren Zweck, längere als elfstündige Arbeitszeiten überhaupt zu verhindern, erfüllt zu haben. Die Arbeitergehalt erklärten allgemein, daß so teuer bezahlte Arbeit sich nicht lohne, und kamen — was früher für absolut unmöglich gehalten wurde — trotz des überaus lebhaften Geschäftsganges ohne Teilarbeit aus. Neben auch manche Fabrikanten unter den neuen Verhältnissen wiederholt Aufträge mit kurzen Lieferfristen ablehnen müssen, so konnte im allgemeinen doch mit elfstündiger Arbeit so viel „hinausgebracht“ werden, als früher mit einer Arbeit von zwölf und dreizehn Stunden. Der Besitzer eines sehr großen Unternehmens hat die auch sonst gemachten Erfahrungen bestätigt gefunden, daß die auf die Stunde berechneten

Stücklohnverdienste der Arbeiter mit der Verkürzung der Arbeitszeit gestiegen sind. — Auf den deutschen Solvan Werken ist, wie wir jüngst mitteilten, der Achtstundentag, und zwar nicht nur in Penningburg, sondern auch in Saaralben und in ihren niederrheinischen und badischen Salinen eingeführt worden. Der vorjährige Streik der hiesigen Bergarbeiter in Saaralben, der nach fünfwöchiger Dauer durch Vermittelung der Kreisdirectoren von Zabern und Forbach geschlichtet wurde, hat die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit veranlaßt. Auf Grund der mit dieser Einrichtung gemachten Erfahrungen hat nunmehr die Gesellschaft beschlossen, auf ihren sämtlichen Werken die achtstündige Arbeitszeit einzuführen, weil die Leistungen der Arbeiter auch in der kürzeren Arbeitszeit ausgiebig genug sind. Ebenso hat die Altkien-Gesellschaft Kuttler, wie das „Reich“ mitteilt, auf ihren Gruben die im Vorjahre von 10 auf 9 Stunden herabgesetzte Arbeitszeit nunmehr in eine achtstündige umgewandelt, weil die Leistungen der Arbeiter eher gestiegen als gesunken sind. — Aus den Lederwerken der Firma Pöhl in Worms teilt der heftige Gewerbeaufsichtsbericht mit, daß die Firma mit der Verkürzung der achtstündigen Arbeitszeit auf 8½ Stunden, die sie am 1. Oktober 1906 nach sorgfältigen Vorerfahrungen unter teilweisem Widerstreben der 3800 Arbeiter vorgenommen, gute Erfahrungen gemacht hat, indem die Leute frischer bei der Arbeit sind und ihre Arbeitsleistungen denen bei der früheren achtstündigen Arbeitszeit gleichkommen.“ Für die Leute, die im Stundenlohn beschäftigt waren, sind die Löhne entsprechend erhöht worden.

**In welchem Lande wird am meisten gestreikt?** Eine Statistik, aus der man ersieht, in welchem Lande das „Streikfever“ am meisten verbreitet ist, hat ein Dr. Maximilian Neuner veranstaltet. Hiernach marschieren an der Spitze aller Länder nicht Deutschland, sondern Italien mit 28 Streikenden auf 1000 Erwerbstätige pro Jahr. Dann folgen die Vereinigten Staaten mit 21, Frankreich mit 22, Oesterreich mit 13, Belgien mit 12, England mit 8,3 und zu allerletzt Deutschland mit 8,1. Was den Umfang der einzelnen Streiks anbetrifft, steht England an erster Stelle. Hier entfielen im Jahre 1905 auf jeden Streik 198 Beteiligte, in Deutschland 170, in Oesterreich 139. Die Zahl der von Aussperrungen Betroffenen ist in den letzten Jahren in Deutschland sehr groß geworden. 1898 entfielen auf eine Aussperrung 189 Beteiligte, 1905 aber 451.

**Einbruch im Hamburger Gewerkschaftsbau.** Liebhaber fremder Gelder haben dem Bureau unseres Verbandes, Gewerkschaftsbau, Zimmer 18, in der Nacht vom 12. auf den 13. d. M. einen Besuch abgestattet, in der Absicht, sich Verbands-gelder zu holen. Der Geldschrank ist stark beschädigt worden, aber ihn aufzubrechen ist misslungen. Andernfalls hätten die ungeliebten Gäste sich reichlicher Belohnung ihrer Mühen erfreut. So ist die Leute nur meger ausgefallen. Eine Sparbüchse für einen Rahmenfonds, die aber erst kürzlich geleert wurde und infolgedessen nur geringe Beträge enthielt, ist erbrochen worden. Außerdem wurde noch ein kleiner Speiseschrank aufgebrochen. Weiterer Materialschaden ist nicht zu verzeichnen.

**Arbeiterwohnungen im Reichthausen.** Gleichwie in Nürnberg-Fürth ist auch in der Stadt Hof die Wohnungsnot akut geworden. Dort wandern seit einigen Tagen viele Menschen zur Stadt hinaus an die Stätte, wo der aus der Stadt kommende Viehtrieb abgeladen wird. An einem bestimmten Plage bleiben die Menschen stehen und schauen: In den Schicht ist eine Hölle hineingearbeitet, „ausgemauert“ mit einigen Brettern und Latten. Dort drinnen, inmitten eines stinkenden Uratfeldes, „wohnt“ ein Arbeiter mit Frau und drei Kindern; er konnte mit dem besten Willen keine bessere Wohnung finden und sein Prinzipal, die Stadtverwaltung, kennt keine Wohnungsnot!

**Kann ein gläubiger Christ Sozialdemokrat sein?** Diese Frage beantwortete jüngst in einer Grabrede bei der Beerdigung eines Insohlädter Genossen der Herr Stadtpfarrer von St. Moritz in Insohladt etwa wie folgt: „Ich sehe hier rote Scherben an den Wänden und ich habe in der Zeitung gelesen, daß der Verstorbene der sozialdemokratischen Partei angehört hat und ein tüchtiger Genosse gewesen ist. Es wäre falsch, wollten wir deswegen über den Verstorbenen den Stab brechen, denn die Sozialdemokratie hat auch ihr Gutes und Kritikberechtigung kann man ihr nicht absprechen. Der Verstorbene hat frühzeitig seinen Vater verloren. Als junger Burde ging der Verstorbene in die Fremde und wer wollte es ihm übelnehmen, daß er sich einer Partei anschloß, die für bessere Arbeitsbedingungen kämpft. Wir haben die Wohlhabensrichtungen, die wir dem Andringen der Sozialdemokratie zu verdanken haben. Ich bin kein Feind der Sozialdemokratie. Aber ich kann es nicht verstehen, warum manche Sozialdemokraten die Kirche bekämpfen. Ich kann in der Kirchengeschichte nachschlagen, wie ich will, ich finde nirgends Anhaltspunkte, daß die Kirche den Arbeitern feindlich gegenüber gestanden hat. Im Gegenteil war es die Kirche, die für die Aufhebung der Sklaverei trat. Es schmerzt mich tief, wenn ein Tischler, Schlosser oder Spenglergesele an mir vorübergeht, ohne mich zu grüßen. Nicht für meine Person beanspruche ich den Gruß, sondern den Brief:

soll der Christ in mir sehen. Es freut mich viel mehr, von einem Arbeiter gegrißt zu werden, als von einem Bürgerlichen. In meiner 33jährigen Amtstätigkeit als Seelsorger haben viele Handwerksburschen an meinem Pfarrhofs angelopft und keiner ist unbekannt hinweggegangen. Die Sozialdemokratie tut unrecht, wenn sie die Kirche belächelt. Wir wollen aber hoffen, daß der Verstorbene das Gute bei der Sozialdemokratie gesucht und auch gefunden hat. Ich bitte Sie, bleiben Sie der Kirche treu. Sie können ganz gut Christen und trotzdem gute Sozialdemokraten sein." — Was sagen unsere Gewerkschaftsdriften zu dieser Meherei?

Die Sprache eines Kesslenburger Direktors. Die Arbeiter bei der Moskoder Straßenbahn hatten dieser Tage ihre „Unzufriedenheit“ gegenüber der Direktion dadurch zur Geltung gebracht, indem sie in einem Schriftstück auf verschiedene Unbestände in dem Betriebe hinwiesen und deren baldige Abstellung wünschten. Der Direktor des Werkes antwortete nun auf die „Bitte“ der Arbeiter u. a. wie folgt: „Zu meinem größten Bedauern und Erstaunen hat sich eine Anzahl Fahrer dazu verleiten lassen, sich zusammen zu rotten und in einer Versammlung darüber Beschluß zu fassen, Wünsche resp. Unzufriedenheit mit einem gemeinsam unterschriebenen Schriftstück, das verächtliche Drohungen und gewisse Gewaltmaßnahmen gegen mich enthält, die sehr nach Streit riechen, zu unterbreiten. Eine so törichte und so wenig ehrenhafte Handlungsweise, mit ihrem Arbeitgeber zu verhandeln, konnte auch nur den jüngsten Fahrern passieren, die es am eigenen Erle noch nicht erfahren, wie sehr ich selbst ohne Gewaltmaßregeln stets bemüht bin und bleibe, die Lage meiner Angestellten noch Möglichkeit zu verbessern. Was die allgemeine Arbeitszeit anlangt, so ist es geradezu unerhört, eine Veränderung derselben durch Taumenschnauben zu versuchen, kein einziger der Angeestellten sieht verlegt oder verbraucht aus, ja, solche, die so aussehen und schlecht genährt zu uns lauten, haben einen solchen Umfang angenommen, daß die erste Uniform nicht mehr paßt. Sollte doch den Angestellten bekannt sein, daß einige Frauen ihre Männer sogar von unserer Bahn entfernt wissen wollen, weil die Männer zu wenig schwere Arbeit bei uns haben, daß sie auf schlechte Gedanken kommen.“ Alsdann wird die Entlassung der „Mädelsführer“, und zwar „wegen Undankbarkeit“ mitgeteilt, und zum Schluß werden einige Verschiebungen in der Lohnstala als Zuckerbrot angefündigt. Der Mas schließt mit den Worten: „Macht und Offenheit muß unter ehrlichen Männern bestehen.“ — Hoffentlich finden die Arbeiter eine ebenso klare und offene Antwort!

Was den Völkern der Friede kostet, dafür haben wir einen Anhalt in den Berechnungen des britischen Parlamentsmitgliedes Lord Avebury. Danach stellten sich die Ausgaben für militärische Zwecke im Jahre 1905 in den europäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten von Amerika wie folgt:

	Mann- unter Waffen	Jährl. Kosten in Millionen Mark
Vereinigte Staaten . . . . .	107 000	800
Europa:		
Großbritannien . . . . .	420 000	1300
Rußland . . . . .	1 150 000	930
Deutschland . . . . .	661 000	876
Frankreich . . . . .	620 000	820
Oesterreich-Ungarn . . . . .	384 000	380
Italien . . . . .	305 900	340
Spanien . . . . .	100 000	134
Norwegen und Schweden . . . . .	73 000	110
Türkei . . . . .	370 000	96
Nolland . . . . .	35 000	78
Portugal . . . . .	34 000	62
Belgien . . . . .	50 000	50
Schweiz . . . . .	148 000	26
Griechenland . . . . .	23 000	24
Dänemark . . . . .	14 000	24
Rulgarien . . . . .	43 000	20
Zusammen . . . . .	4 537 900	6055 Mill. Mk.

Also nicht weniger als 4½ Millionen Mann unter Waffen, die in einem einzigen Jahre 6055 Millionen Mark verschlungen haben. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß eine große Menge von Ausgaben militärischer Natur sich in anderen Verwaltungsetats verstreut finden, so nach Lord Avebury in England die Ergänzungsausgaben für Fortifikationen und andere Werke, so daß die Zahl noch sicher um einige hundert Millionen hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Wie unendlich viel könnte mit dieser Summe für die kulturelle Entwicklung getan werden, z. B. zur Hebung der Volksgesundheit, zur Milderung des Wohnungsleids oder zur Verbesserung der Volksbildung!

**Eingegangene Schriften und Bücher.**

Kommunale Praxis, Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefozialismus, Nr. 32 und 33. Diese beiden Nummern bringen in ihren Leitartikeln zunächst das Referat des Privatdozenten und bekannten Berliner Kommunalpolitikers Dr. Hugo Freuß über: „Die internationale Entwicklung des Selbstverwaltungsprinzips“. Der übrige Inhalt bietet zahlreiche interessante und lehrreiche Artikel und Notizen aus dem Kommunalleben. Gerade jetzt, wo die Agitation für die Gemeindevahlen wieder zu beginnen hat, sollte man für eine weite Verbreitung der „Kommunalen Praxis“ in Parteitreiben rege tätig sein. Probenummern sind jederzeit vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, kostenlos zu beziehen.

Die Neue Zeit, Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 45 u. 46 des 26. Jahrg. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 Mk.

Die Neue Gesellschaft, Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun. Verlag: Berlin NW. 6, Charitéstr. 3. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Mk., 3. Jahrgang. Heft 7 u. 8.

Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Nr. 17 des 17. Jahrg. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2,60 Mk.

Der Wahre Jakob, Erscheint alle 14 Tage. Verlag: Paul Singer, Stuttgart. Nr. 17. Preis der Nummer 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf.

Süddeutscher Postillon. Verlag: M. Ernst in München, Senefelderstr. 4. Nr. 17. Preis pro Nummer 10 Pf.

Der Arbeitsmarkt, Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte. Verlag: Georg Meiner. Nr. 22 des 10. Jahrg.

Porträts von Janaz Auer und August Nebel, Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Die Bilder sind nach den besten vorhandenen photographischen Aufnahmen auf Kunstdruckartion nach einem neuen Verfahren hergestellt. Der Preis pro Bild beträgt 25 Pf.

Alexis, Der Aus- und Umbau der Arbeiterversicherung. Preis 1 Mk. Verlag Buchhandlung Vorwärts. Der Verfasser will eine umfassende Reform der Arbeiterversicherung, deren Notwendigkeit sich ihm als Stranenfassenbeamter an der Hand der gesammelten Erfahrungen aufdrängte. Die Broschüre soll Versicherten, Versammlungsvordnern, insbesondere aber Ärzten und den in Versicherungsinstituten Angestellten mit Material in dieser Frage versehen.

Zeitin, Zur Frage des Frauenwahlrechts. Preis 1 Mk., Agitationsausgabe 50 Pf. Verlag Buchhandlung Vorwärts. In klarer und überzeugender Weise legt Genosin Zeitin alle die Gründe dar, die für die Notwendigkeit der Einführung des Frauenwahlrechts sprechen, während uns ein Anhang einen Ueberblick über die Entwicklung des Frauenstimmrechts in den verschiedenen Ländern gibt.

**Totenliste des Verbandes.**

<b>Hr. Hrn. Schneider, Dresden</b> † 10. August 1907 im Alter von 60 Jahren.	<b>Heinr. Vundmann, Bielefeld</b> † 15. August 1907 im Alter von 49 Jahren.
<b>Philipp Debus, Wiesbaden</b> † 11. August 1907 im Alter von 59 Jahren.	<b>Jakob Gultenberger</b> † im Alter von 55 Jahren.

Gehre ihrem Andenken!

**Achtung! Düsseldorf. Achtung!**

Freitag, den 30. August, abends 1/2 9 Uhr:

**Oeffentliche Versammlung**

im oberen Saale des  
Gewerkschaftshauses, Bergerstraße.

Tages-Ordnung:

**Der internationale Arbeiterkongreß und die internationale Gemeindefarbeiter-Konferenz.**

Referent: Kollege Heinrich Bürger-Hamburg.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.